

Die
Außenpolitik
der DDR

Andreas Fraude

Andreas Fraude, geb. 1964, Diplom-Politologe, freier Publizist, wissenschaftlicher Mitarbeiter

Veröffentlichungen: Zahlreiche selbstständige Beiträge, Rezensionen und Tagungsberichte, vor allem in der Zeitschrift Deutschland Archiv, u. a. zu Aspekten der DDR-Geschichte und zum deutschen Einigungsprozess. Zuletzt: „Direkte Demokratie in Hamburg“, in: Andreas Kost (Hrsg.): Direkte Demokratie in den deutschen Ländern. Eine Einführung, Wiesbaden 2005, S. 113–123.

Diese Veröffentlichung stellt keine Meinungsäußerung der Landeszentrale für politische Bildung Thüringen dar. Für inhaltliche Aussagen trägt der Autor die Verantwortung.

Landeszentrale für politische Bildung Thüringen
Regierungsstraße 73, 99084 Erfurt, www.lzt.thueringen.de
2006

ISBN 3-937967-03-6

Inhalt

DDR-Außenpolitik: Ideologie und Interessenpolitik.....	5
Das „Sozialistische Weltsystem“	6
„Friedliche Koexistenz“	9
Institutionen und Medien der DDR-Außenpolitik	12
Deutschlandpolitik als Bezugsrahmen für die DDR-Außenpolitik	13
1945–1949: Staatlichkeit als Voraussetzung für eine „eigenständige“ DDR-Außenpolitik	17
Die Fünfzigerjahre: „Kalter Krieg“ und staatliche Instabilität.....	23
Die Sechzigerjahre: Bau der Mauer und staatliche Konsolidierung.....	29
Die Siebzigerjahre: Entspannungspolitik und internationale Anerkennung	37
Die Achtzigerjahre: verschärfte Krise.....	45
1990: Auf dem Weg in die deutsche Einheit.....	57
Zusammenfassung	61
Abkürzungsverzeichnis	63
Verwendete und weiterführende Literatur	65

DDR-Außenpolitik: Ideologie und Interessenpolitik



(Bundesarchiv 183-11500-1342)

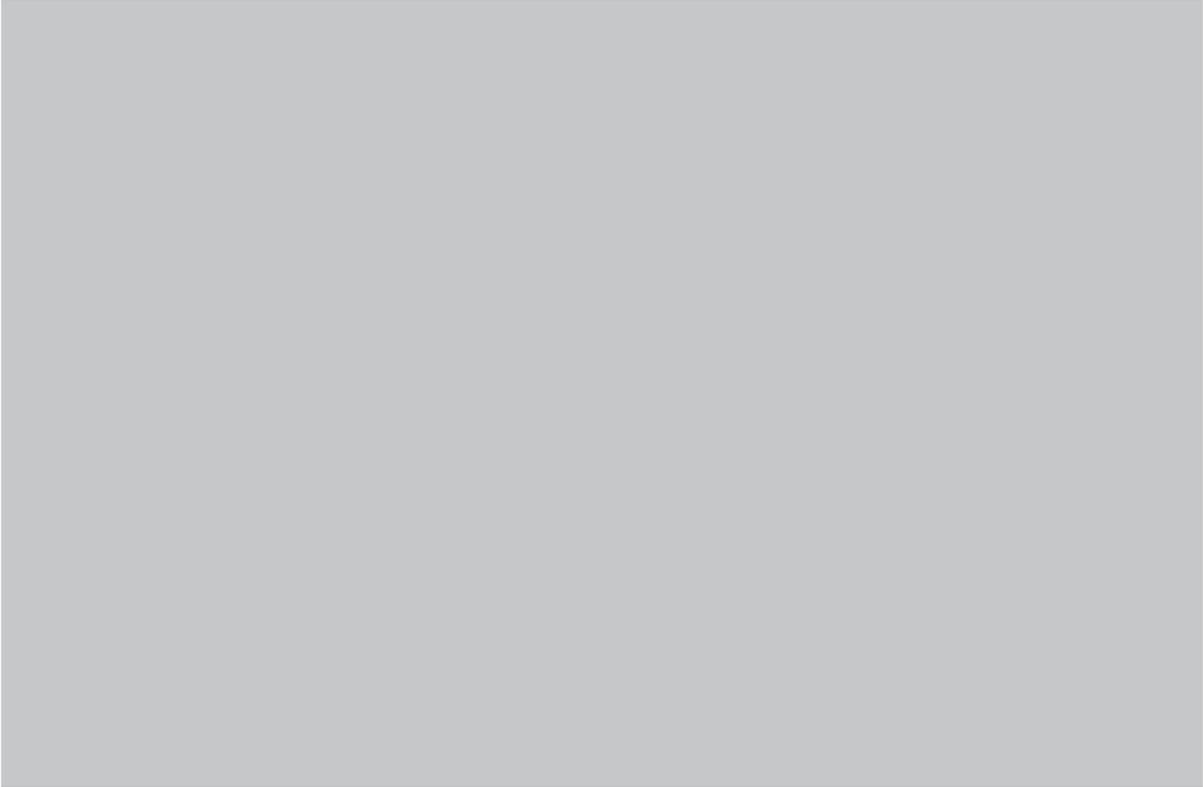
Demonstration aus Anlass der III. Weltfestspiele 1951 in Berlin

Die Außenpolitik der DDR war kein ideologiefreier Bereich. Vielmehr folgte sie der herrschenden Ideologie des Marxismus-Leninismus, was auch den innerstaatlichen Grundsätzen der führenden „Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands“ (SED) entsprach. Die DDR-Außenpolitik (wie die Außenpolitik aller sozialistischen Staaten innerhalb des sowjetischen Herrschaftsbereichs) bedeutete „Kampf“ mit nichtmilitärischen Mitteln bis zum „Sieg des Sozialismus“ im Weltmaßstab. Andererseits musste der Staat der SED stets auch realpolitischen Erfordernissen Rechnung tragen. Daher ist bei der Betrachtung der Außenpolitik nicht immer erkennbar, ob es sich um (reine) Interessenpolitik oder (vor allem) um eine ideologiegeleitete Politik gehandelt hat. War also die DDR-Außenpolitik im Wesentlichen Interessenpolitik, dann kam ideologischen Elementen lediglich eine Rechtfertigungsfunktion zu. Konkretisierte sich in der DDR-Außenpolitik hingegen marxistisch-leninistische Ideologie, hatte diese eine weithin motivationstiftende Funktion.

Getreu ihren ideologischen Grundsätzen unterschied die SED und damit auch die DDR als staatlicher Akteur in ihrer Außenpolitik das Verhältnis zu anderen Staaten des „realen Sozialismus“ (innerhalb Europas im Warschauer Pakt organisiert), zu Staaten mit „kapitalistischer“ Gesellschaftsordnung (zumeist in der NATO zusammengefasst) und zu nicht-paktgebundenen, „blockfreien“ Staaten.

Das „Sozialistische Weltssystem“

Das Prinzip des „proletarischen Internationalismus“ geht auf Marx, Engels und Lenin zurück und bestimmt die Beziehungen zwischen marxistisch-leninistischen Parteien. Zu seinen wichtigsten Elementen gehört die Errichtung einer klassenlosen Gesellschaft des Kommunismus „im Weltmaßstab“, Einheit des Handelns, – besonders im „Kampf gegen eine international agierende Bourgeoisie“ – Solidarität sowie gegenseitige Hilfe und Unterstützung. Der „proletarische Internationalismus“ galt vor allem bis zum Ende des Zweiten Weltkrieges, also solange die Sowjetunion der einzige kommunistische Staat war. Andere kommunistische Parteien sollten danach auf Solidarität zur UdSSR, vor allem aber auf Unterordnung unter die Interessen der Kommunistischen Partei der Sowjetunion (KPdSU) verpflichtet werden. Nach 1945 beschrieb der „proletarische Internationalismus“ das Verhältnis der SED zu den „Bruderparteien“ in nicht-kommunistischen Staaten. Dazu gehörte auch die seit 1968 in der Bundesrepublik existierende Deutsche Kommunistische Partei (DKP). Allerdings war das Verhältnis der SED zur DKP ein Sonderfall, weil letztere finanziell nahezu vollständig von der SED abhängig war und für diese auch deutschlandpolitisch eine spezielle Funktion erfüllte. Zu den besonders in den 70er-Jahren auf dem Vormarsch befindlichen „eurokommunistischen“ Parteien in Westeuropa, die den sowjetischen Führungsanspruch ab-



(Bundesarchiv 183-1983-0116)

Demonstration am 16. Januar 1983 zum Gedenken von Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht in Berlin

lehnten, pflegte die SED ein besonderes Verhältnis jenseits des "proletarischen Internationalismus". Insgesamt blieb die Außenpolitik der DDR aber auch immer von eigenen Interessen bestimmt. So spielten die Beziehungen der SED zu nicht-regierenden sozialistischen oder kommunistischen Parteien eine größere Rolle in jener Zeit, als sie um internationale diplomatische Anerkennung rang. In dieser Zeit erfüllten die Beziehungen zu den Bruderparteien eine wichtige Ersatzfunktion. Sie sollten in ihren Ländern möglichst für die DDR werben oder gar Druck auf ihre Regierungen ausüben.

Der „sozialistische Internationalismus“ war eine „Höherentwicklung“ des „prole-

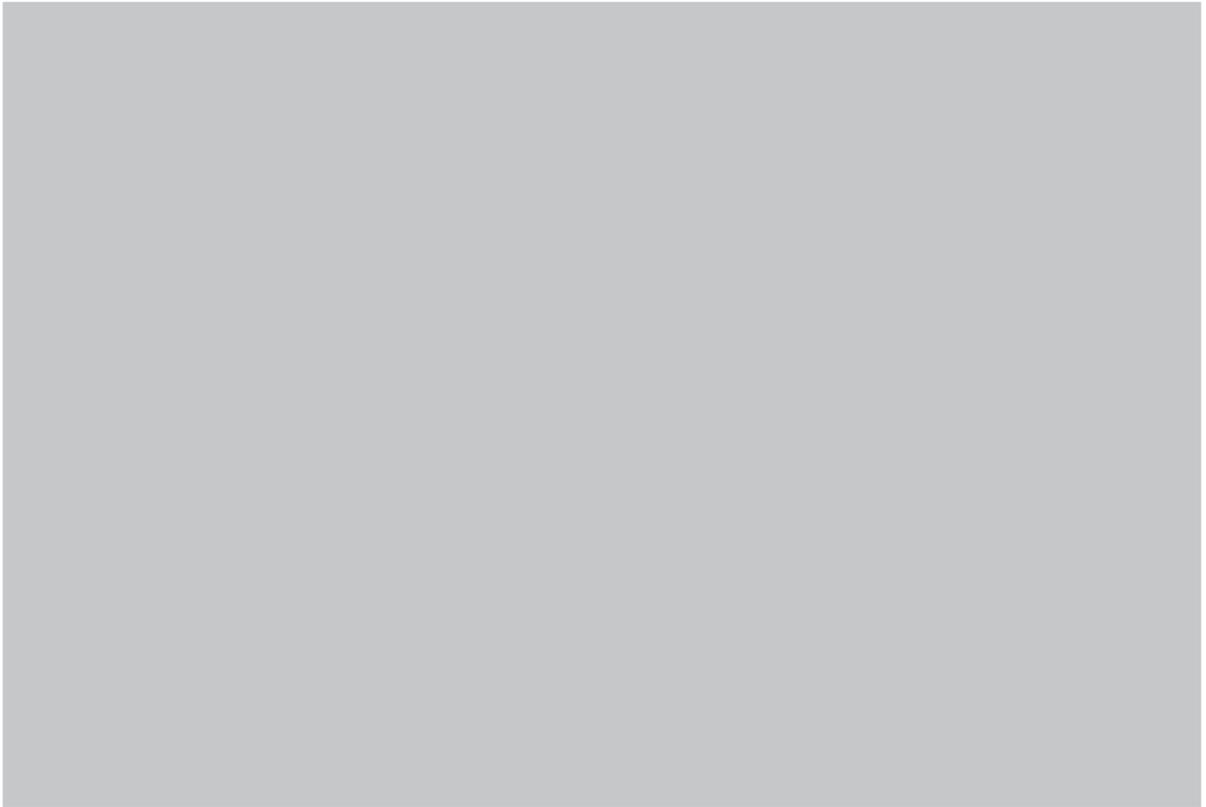
tarischen Internationalismus“, nachdem – auch auf anderen Kontinenten – Staaten entstanden, die dem marxistisch-leninistischen Gesellschaftsmodell der Sowjetunion folgten. Der „sozialistische Internationalismus“ gehörte zum Verfassungsgrundsatz aller entsprechend regierten Länder und lag ihren Freundschafts- und Beistandsverträgen zugrunde. Ebenso bildete er die Grundlage beim östlichen Militärbündnis Warschauer Pakt und beim Rat für Gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW, auch „Comecon“). Zu seinen Prinzipien gehörten auch die „Verteidigung“ und der „Schutz der sozialistischen Errungenschaften“. So wurden beispielsweise die Niederschlagung der ungarischen

Revolution 1956 oder der Einmarsch in die Tschechoslowakei 1968 und in Afghanistan 1979 gerechtfertigt. Dieses, die Souveränität der betreffenden Staaten außer Kraft setzende Prinzip, wurde auch als „Breschnew-Doktrin“ (nach Leonid Breschnew, von 1964 bis zu seinem Tod 1982 KPdSU-Generalsekretär) bekannt. Erst unter Michail Gorbatschow sollte jeder Staat seinen eigenen Weg finden können, wofür man im Westen die ironisierende Bezeichnung „Sinatra-Doktrin“ („I did it my way“) fand. Der „proletarische Internationalismus“ hatte für die DDR die wichtige Konsequenz, dass die staatlichen Organe die Beschlüsse der Partei vollziehen mussten. Die Partei bestimmte innen- wie außenpolitisch das staatliche Handeln.

Nach marxistisch-leninistischer Lesart bezeichnete das „sozialistische Welt-system“ die Gesamtheit aller kommunistisch regierten Länder unter Führung der Sowjetunion. Dazu zählten Ende der 80er-Jahre die Warschauer-Pakt-Staaten Sowjetunion, Polen, die DDR, die Tschechoslowakei, Ungarn, Bulgarien und Rumänien. Ebenso gehörten die Mongolische Volksrepublik, die Republik Kuba, die Sozialistische Republik Vietnam, die Volksdemokratische Republik Laos, die Volksrepublik Kambodscha und die Koreanische Demokratische Volksrepublik (Nord-Korea) dazu. Trotz ideologischer Differenzen gehörten auch die Volksrepublik China und die Volksrepublik Albanien zum sozialistischen Welt-system. Die damalige Sozialistische Föderative Republik Jugoslawien wurde von der SED/DDR ausdrücklich nicht dazugerechnet, was auch dem Selbstverständnis der in Jugoslawien regierenden Partei entsprach. Bei anderen Staa-

ten wie der Volksdemokratischen Republik Jemen und den afrikanischen Volksrepubliken Mosambik, Äthiopien und Angola blieb – obwohl sozialistisch/kommunistisch regiert – ihre Dazugehörigkeit bis zum Zusammenbruch des „sozialistischen Welt-systems“ offen. Der ideologischen Verunsicherung der DDR kurz vor ihrem Zusammenbruch dürfte es geschuldet sein, dass das Stichwort „Sozialistisches Welt-system“ im parteioffiziellen „Kleinen Politischen Wörterbuch“ in seiner Neuauflage 1988 gar nicht mehr auftauchte.

Das Verhältnis der DDR zur UdSSR war wie die Parteibeziehungen SED – KPdSU von spezieller Natur. Dies ergibt sich aus der Geschichte und der machtpolitischen Konstellation. Die DDR verdankte ihre Existenz dem Vordringen der Sowjetunion bis in die Mitte Europas als Folge der Zerschlagung des nationalsozialistischen Regimes 1945. Obwohl die SED darum bemüht war, sich ein eigenständiges Profil zu geben und sich in der Tradition der deutschen Arbeiterbewegung wähnte, blieb sie doch stets von der UdSSR abhängig. Ohne die Existenzgarantie der Sowjetunion war der ostdeutsche Staat, wie sich 1989/90 zeigte, nicht überlebensfähig. Sichtbar war dies vor allem durch die in der DDR stationierten 400.000 sowjetischen Soldaten. Daraus resultierten auch die stark eingeschränkten Handlungsmöglichkeiten der DDR-Außenpolitik. Zudem schränkte der „sozialistische Internationalismus“ die DDR im Hinblick auf eine souveräne Außenpolitik ein.



(Bundesarchiv 183-0601-041)

1. Juni 1984: Besuch des nordkoreanischen Präsidenten Kim Il Sung. Hier zusammen mit Erich Honecker im Palast der Republik in Ost-Berlin

„Friedliche Koexistenz“

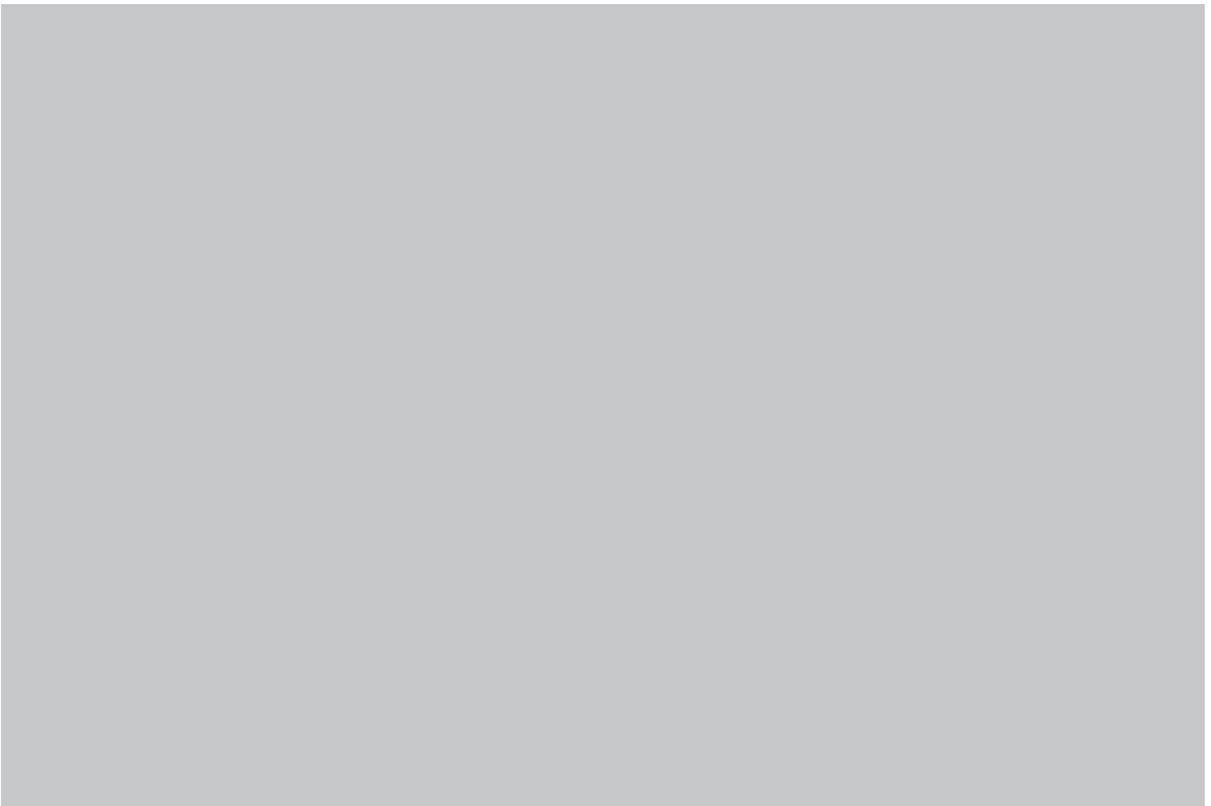
Der Grundsatz der „friedlichen Koexistenz“ reicht bis in die Frühphase der Sowjetunion zurück. Er wurde aber erst mit Beginn der „Entstalinisierung“, auf dem XX. Parteitag der KPdSU im Februar 1956, zum Grundprinzip sozialistischer Außenpolitik gegenüber „kapitalistischen“ Ländern erhoben. Das hier schon erwähnte „Kleine Politische Wörterbuch“ definierte 1988 „friedliche Koexistenz“ als „objektiv notwendige, einzig vertretbare Form der Beziehungen

zwischen Staaten unterschiedlicher Gesellschaftsordnung, ihres friedlichen Nebeneinanderbestehens, ihrer Zusammenarbeit und Auseinandersetzung in der Epoche des Übergangs vom Kapitalismus zum Sozialismus (...)“. In diesen Koexistenzvorstellungen akzeptierten die kommunistischen Theoretiker zwar die Tatsache, dass es – jenseits des Ziels der Weltrevolution – für längere Zeit ein Nebeneinander zwischen kapitalistischen und sozialistischen Staaten geben werde. Eine ideologische Koexistenz schloss dieses Prinzip aber explizit aus. Vielmehr sollte der „ideologische Kampf“ unvermindert fortgesetzt und im Hinblick auf die weltrevolutionären Bestrebungen lediglich „strategisch und taktisch“ günsti-

gere Bedingungen geschaffen werden. Da die „friedliche Koexistenz“ sowohl konfrontative als auch kooperative Elemente enthielt, trat je nach außenpolitischen Erfordernissen der eine oder andere Aspekt etwas mehr in den Vordergrund. Davon ließ sich auch die DDR in ihrer Außenpolitik leiten, sofern sie überhaupt autonom darüber entscheiden konnte. Grundsätzlich trat während der allgemeinen Entspannungspolitik in den 70er-Jahren der kooperative Aspekt der „friedlichen Koexistenz“ stark in den

Vordergrund. Ausdruck dafür war auch der „Grundlagenvertrag“ zwischen den beiden deutschen Staaten sowie das „Viermächte-Abkommen“ über Berlin.

Bei der Außenpolitik nahmen unter ideologischen Vorzeichen die nicht-paktgebundenen Staaten eine Sonderrolle ein. Zur „Bewegung der Nichtpaktgebundenen“ zählte die DDR 1988 101 Staaten: fünf sozialistische, 92 Entwicklungsländer Asiens, Afrikas und Lateinamerikas, zwei kapitalistische Länder Europas sowie die



(Bundesarchiv 183-0610-101)

Die Partei- und Regierungsdelegation Grenadas unter Leitung des Vorsitzenden des Politbüros des ZK der Neuen Jewel Bewegung und Ministerpräsidenten der Revolutionären Volksregierung Grenadas, Maurice Bishop, unternahm am 9.6. mit dem Motorschiff "Köbis" eine Seerundfahrt auf den Berliner Gewässern. Der Gast wurde von Hermann Axen, Mitglied des Politbüros und Sekretär des ZK der SED [...] begleitet. (Zeitgenössische Bildlegende des Allgemeinen Deutschen Nachrichtendienstes der DDR, ADN)

Palästinensische Befreiungsorganisation (PLO) und die South West Africa People's Organization (SWAPO). Als außenpolitische Hauptaufgabe gegenüber Staaten der „Dritten Welt“ in Asien, Afrika und Lateinamerika sah die DDR die solidarische Unterstützung dieser Völker im „Kampf gegen Imperialismus, Kolonialismus und Neokolonialismus“. Dazu sollte Hilfe bei der Festigung der politischen und Herstellung der ökonomischen Unabhängigkeit geleistet werden. Den Führungseliten dieser Länder sollte ein „nichtkapitalistischer Entwicklungsweg“ aufgezeigt, also das „sozialistische Weltsystem“ möglichst auf Kosten des „kapitalistischen Lagers“ ausgedehnt werden. Die intensive Kontaktpflege zu einigen Entwicklungsländern zielte auch auf eine völkerrechtliche Anerkennung der DDR ab. Nach der „Anerkennungswelle“ 1971/72 veränderte sich daher teilweise auch die außenpolitische Einschätzung und die Zielrichtung gegenüber den Staaten der „Dritten Welt“ bzw. den dortigen „Befreiungsbewegungen“.

Institutionen und Medien der DDR-Außenpolitik

Für die „Vorbereitung“ und „Durchführung“ außenpolitischer Entscheidungen war in der DDR das Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten (MfAA) zuständig. Zwischenstaatliche Funktionen nahmen außerdem das Ministerium für Außen-

handel (MAH) sowie das Ministerium für Nationale Verteidigung (MfNV) wahr. Der Staatsrat (das kollektive Staatsoberhaupt) der DDR ratifizierte in den 60er-Jahren mehr als 30 internationale Verträge. Dessen außenpolitische Befugnisse gingen dann aber mit der Verfassungsrevision von 1974 fast vollständig auf den Ministerrat (die Regierung) der DDR über. Alle grundlegenden Entscheidungen in diesem Bereich wurden allerdings im Politbüro des Zentralkomitees (ZK) der SED, also auf der Führungsebene der herrschenden Partei, gefällt. Diese „Arbeitsteilung“ war in allen Staaten innerhalb des kommunistischen Machtbereichs üblich, wo die staatlichen Institutionen durchweg den Anweisungen der marxistisch-leninistischen Partei Folge zu leisten hatten. Neben den „offiziellen“ außenpolitischen Beziehungen zu den staatlichen Organen in anderen Ländern, gab es immer auch Beziehungen der SED zu der jeweiligen (regierenden oder nichtregierenden) kommunistischen Partei. Letzteres wurde von Beobachtern häufig als „Ersatzaußenpolitik“ bezeichnet. Für die Beziehungen zu ausländischen kommunistischen Parteien zeichnete die Abteilung für Internationale Verbindungen des Sekretariats des ZK der SED verantwortlich.

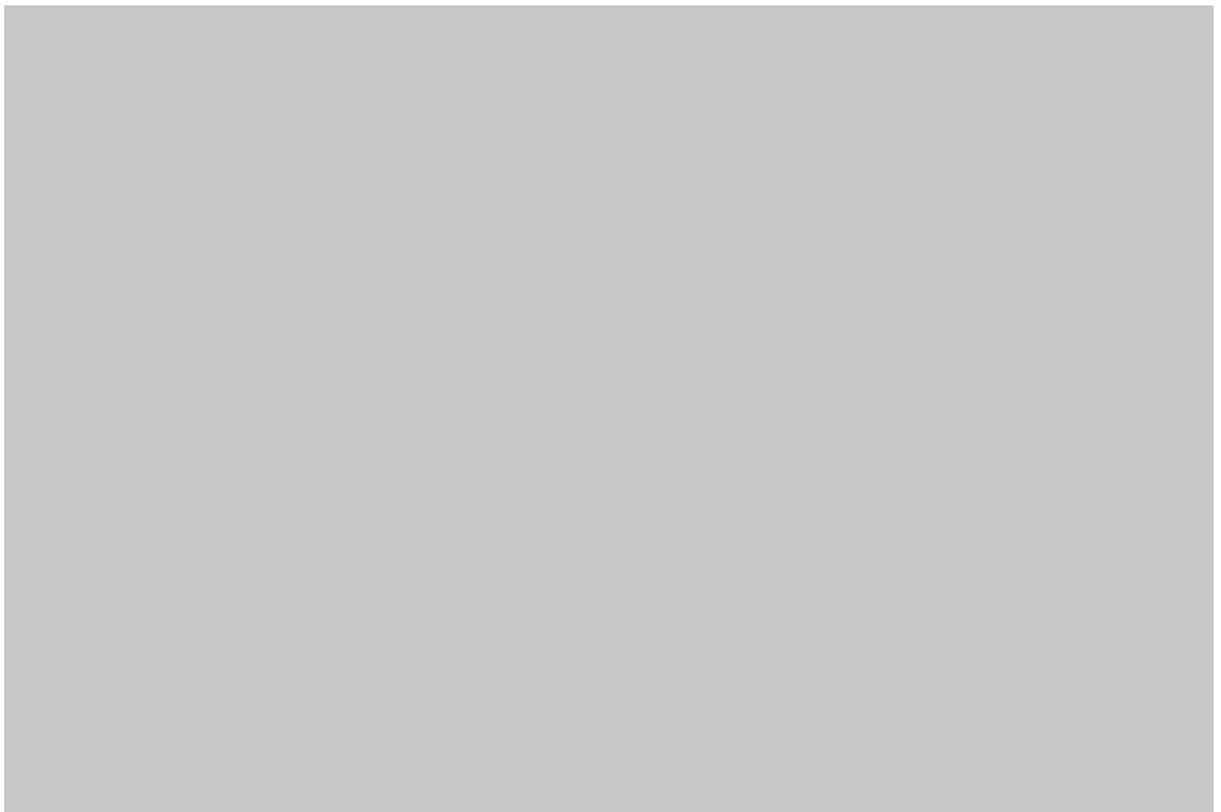
Eine wichtige Rolle bei der Propagierung eines positiven DDR-Bildes im Ausland spielten die sogenannten „Freundschaftsgesellschaften“, die seit 1961 in der Dachorganisation „Liga für Völkerfreundschaft“ zusammengeschlossen waren. Den 1989 rund 50 existierenden Freundschaftsgesellschaften (und -komitees) oblag vornehmlich die Pflege der Kontakte zu kapitalistischen Staaten und solchen der „Dritten Welt“. Die Zusammenarbeit

mit den entsprechenden Gesellschaften in den Partnerländern sollte vor allem den außenpolitischen Zielen der DDR dienlich sein. Solange die DDR noch weltweit um diplomatische Anerkennung ringen musste, spielten die Aktivitäten der Freundschaftsgesellschaften eine herausragende Rolle.

Gerade in jener Zeit, als der DDR aufgrund ihrer Nichtanerkennung das klassische Mittel der Diplomatie fehlte, nutzte sie in erheblichem Maße das Instrument der Auslandspropaganda. Hierzu gehörten kulturelle Aktivitäten, Städtepartnerschaften, Beteiligung an ausländischen Messen, internationale Sportveranstaltungen, wissenschaftliche

Kongresse sowie fremdsprachige Radio-sendungen. Nachdem die internationale Anerkennung erreicht war, veränderten sich teilweise die Ziele der Auslandspropaganda. Nun sollte in einem allgemeineren Sinne ein positives Image der „sozialistischen Staatengemeinschaft“ nach außen vermittelt und gleichzeitig ein negatives Bild vom kapitalistischen System gezeichnet werden. Insbesondere die Bundesrepublik wurde in einem äußerst schlechten Licht dargestellt.

Die verschiedenen Aktivitäten der Auslandspropaganda wurden von der SED in den entsprechenden Gremien vorbereitet und koordiniert. Dafür nutzte sie



(Bundesarchiv 183-NO806-0204-008)

bestehende Beziehungen zu sozialistischen/kommunistischen Organisationen sowie „Befreiungsbewegungen“ oder allgemein als „fortschrittlich“ angesehenen Kräften. Auf Seiten der Partei waren hierfür vor allem die ZK-Abteilungen für Auslandsinformation, Propaganda und Agitation zuständig. Auf der Ebene der Regierung trug das MfAA die Hauptverantwortung für die Durchführung der Auslandspropaganda. Das (Schein-)Parlament der DDR, die Volkskammer, unterhielt zahlreiche Kontakte zu ausländischen Parlamentariern in Gestalt ihres „Ausschusses für Auswärtige Angelegenheiten“ sowie der „Interparlamentarischen Gruppe der DDR“. Auch die Blockparteien und die „Massenorganisationen“ (u.a. Freier Deutscher Gewerkschaftsbund, Deutscher Turn- und Sportbund) waren mit außenpolitischen Aufgaben betraut. Der „Friedensrat der DDR“ als Mitglied im „Weltfriedensrat“ unterstützte Aktivitäten und Programm der kommunistisch gelenkten „Weltfriedensbewegung“.

Deutschlandpolitik als Bezugsrahmen für die DDR-Außenpolitik

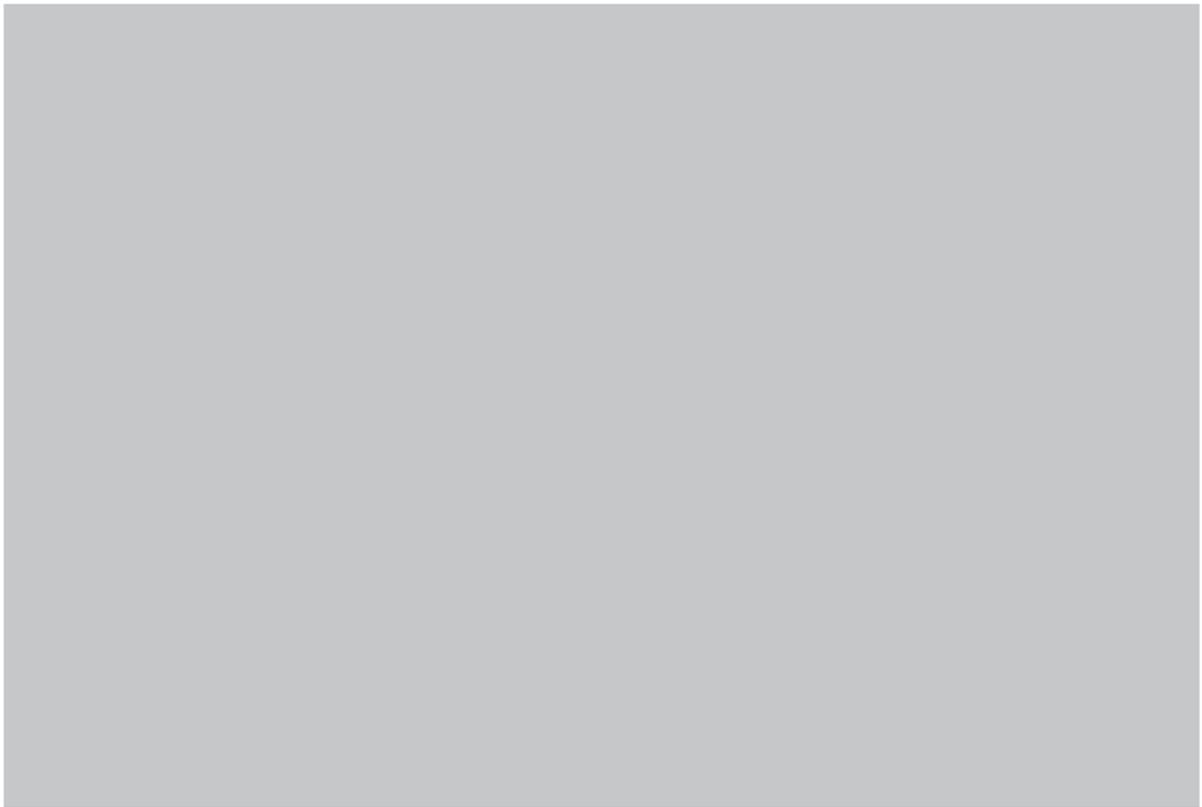
Die Spaltung Deutschlands und die spezifischen internationalen Rahmenbedingungen, speziell die Abhängigkeit der DDR von der Sowjetunion, hatten zur

Folge, dass die Außenpolitik der DDR – ob eigenständig oder nicht – immer auch als Deutschlandpolitik betrieben wurde. Das meint die Gestaltung des Verhältnisses der DDR zur Bundesrepublik und ihre Stellung zur „deutschen Frage“, also zur Teilung und (Wieder-) Vereinigung. Die Deutschlandpolitik der SED war bis Mitte der 50er-Jahre auf die Einheit Deutschlands gerichtet. Allerdings strebte die DDR-Regierung diese unter der Bedingung eines sozialistischen Gesamtdeutschlands an. Diese Haltung zielte nicht zuletzt auf jene Deutschen in der Bundesrepublik, die der außenpolitischen Linie des Bundeskanzlers Adenauer skeptisch gegenüberstanden. Dieser befürwortete eine Integration der Bundesrepublik in die politische Gemeinschaft des Westens. Demgegenüber trat eine aktive Wiedervereinigungspolitik in den Hintergrund. Schon ab der zweiten Hälfte der 50er-Jahre kann jedoch lediglich noch von einer „Wiedervereinigungspropaganda“ seitens der DDR gesprochen werden. Ihr Bestreben war schon zu diesem Zeitpunkt auf eine völkerrechtliche Anerkennung ausgerichtet. Diese Anstrengungen setzte die DDR in den 60er-Jahren in noch massiverer Weise fort. Eine Reihe deutschlandpolitischer Maßnahmen führten zu einer weiteren (gewollten) Abschottung und Vertiefung der Spaltung. Ausnahmen hiervon bildeten 1963 bis 1966 vier zwischen dem Berliner Senat und der DDR-Regierung ausgehandelte Passierscheinabkommen, welche Berliner Bürgern aus den West-Sektoren einen kurzfristigen Besuch in den Ostteil der Stadt ermöglichten. Ende 1964 wurden Rentnern aus der DDR auch erstmals Besuchsreisen in die Bundesrepublik gestattet.



(Bundesregierung/Lehnartz)

Die Mauer am Brandenburger Tor 1989



(Bundesarchiv 183-NO625-347)

Die Ständige Vertretung der Bundesrepublik Deutschland in der DDR 1974

Anfang der 70er-Jahre vollzog die DDR – noch unter Staats- und Parteichef Walter Ulbricht – eine ideologische deutschlandpolitische Wende grundsätzlicher Art. Auslöser war die neue sozialliberale Regierung in der Bundesrepublik unter Führung von Willy Brandt, der im Rahmen seiner neuen Ostpolitik die DDR als „zweiten Staat in Deutschland“ – allerdings ohne völkerrechtliche Folgewirkungen – akzeptierte. Während man in Bonn an der einheitlichen deutschen Nation festhielt, wurde dies nun von Ost-Berlin in Frage gestellt. Die SED-Führung verstieg sich zu der These, in der DDR habe sich eine eigenständige sozialistische deutsche Nation herausgebildet, während in

der Bundesrepublik eine „rückständige“ kapitalistische deutsche Nation fortbestehe. Damit war man in der DDR endgültig und sichtbar von einer wie auch immer gearteten „Wiedervereinigungspolitik“ abgerückt. Der 1972 abgeschlossene Grundlagenvertrag bildete den Auftakt zu einem engen Vertragsnetz zwischen der DDR und der Bundesrepublik, das 1989 mehr als 30 Abkommen umfasste. Das Ziel einer völkerrechtlichen Anerkennung durch die Bundesrepublik blieb der DDR verwehrt, auch wenn sie den Grundlagenvertrag in dieser Richtung interpretierte. Dabei hatte die Bundesregierung in dem zum Vertrag gehörenden „Brief zur deutschen Einheit“ ausdrücklich das Wiederver-

einigungsgebot des Grundgesetzes hervorgehoben. Ein wichtiger Schritt zur Demonstration ihrer Eigenständigkeit war für die DDR die Einrichtung von „Ständigen Vertretungen“ am 2. Mai 1974 in Bonn und Ost-Berlin. Freilich hatten diese wegen der besonderen deutsch-deutschen Beziehungen nicht die Qualität „richtiger“ Botschaften.

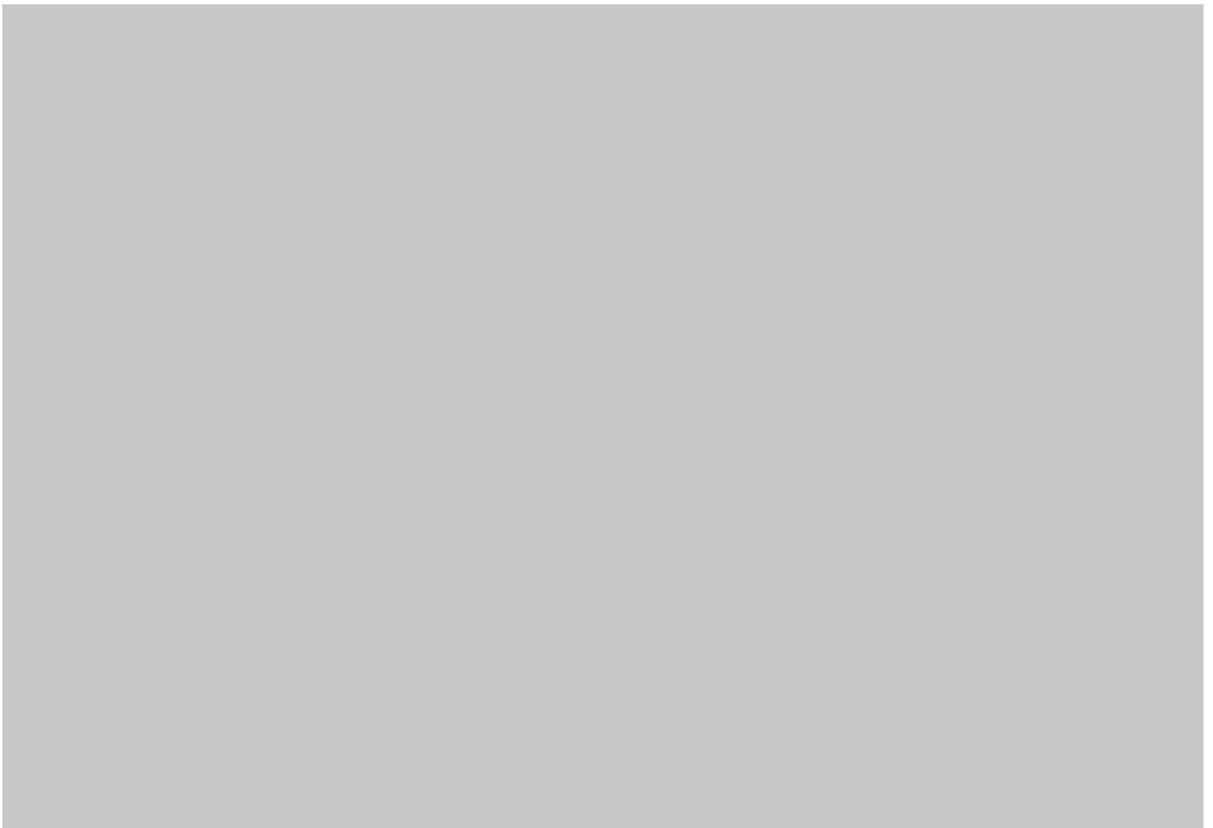
An der Schwelle zu den 80er-Jahren wurden die innerdeutschen Beziehungen kurzzeitig stark belastet. Dazu führte unter anderem die drastische Erhöhung des Mindestumtausches für Besucher aus der Bundesrepublik. Zudem forderte Erich Honecker in den sogenannten „Geraer Forderungen“ die Anerkennung der DDR-Staatsbürgerschaft, die Auflösung der in Salzgitter ansässigen „Zentralen Erfassungsstelle für Menschenrechtsverletzungen in der DDR“ und die Umwandlung der Ständigen Vertretungen in Botschaften.

Doch im Kontrast zu dem äußerst angespannten internationalen Klimadurch die Entscheidungen zur Stationierung atomarer Mittelstreckenwaffen in Ost und West forcierte die SED in ihrem letzten Jahrzehnt die innerdeutsche Dialogpolitik. Waren schon die Besuche zahlreicher hochrangiger westdeutscher Politiker aller Parteien in der DDR bemerkenswert, so stellte der „Arbeitsbesuch“ Honeckers in Bonn im September 1987 einen Höhepunkt für die prestigebedürftige DDR dar. Nur zwei Jahre später begann dann allerdings ihr Zusammenbruch. Dem in der Bevölkerung zunehmend artikulierten Wunsch nach einer schnellen Vereinigung mit der Bundesrepublik ab Anfang 1990 hatte der letzte SED(-PDS)-Ministerpräsident Modrow nichts mehr entgegenzusetzen. Modrow selber wollte

zunächst die Eigenständigkeit der DDR wahren und lediglich eine „Konföderation“ mit dem westdeutschen Staat zulassen.

Die Verfassung der DDR, die keinen übergeordneten Rahmen darstellte, sondern stetig die politischen Entwicklungen im Staat der SED nachvollzog, spiegelte auch grundsätzliche deutschlandpolitische Veränderungen wider. So enthielt die 1968 verabschiedete zweite Verfassung in Artikel 1 Absatz 1 noch das Bekenntnis zur „Einheit der Nation“, während die Präambel schon vom „Volk der Deutschen Demokratischen Republik“ sprach. Im Jahre 1974 wurden aus den Artikeln 1 und 8 die Hinweise auf den Bestand einer deutschen Nation in zwei deutschen Staaten gestrichen. Auch von der Absicht einer „Vereinigung auf der Grundlage von Demokratie und Sozialismus“ durch eine „schrittweise Annäherung der beiden deutschen Staaten“ war nun keine Rede mehr.

1945–1949: Staatlichkeit als Voraussetzung für eine „eigenständige“ DDR-Außenpolitik



(Foto: Thüringisches Hauptstaatsarchiv Weimar, Fotosammlung 2/14)

Die Führungsspitzen der Sowjetischen Militäradministration in Thüringen 1949 in Weimar

Schon während des Zweiten Weltkrieges gab es verschiedene Pläne der späteren Siegermächte USA, Großbritannien und Sowjetunion, wie Deutschland nach Beseitigung der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft aussehen sollte. Allerdings waren die verschiedenen Vorstellungen zu unterschiedlich, als dass sie sich zu einem konkreten Ergebnis verdichten konnten. Insgesamt setzte sich aber kein Konzept durch, das eine Zerstückelung des Landes zum Ziel hatte. Auf der Jalta-Konferenz vom 4. bis 11. Februar 1945 legten die Alliierten sich auf die Grundsätze „Entnazifizierung, Demontage, Demilitarisierung und Demokratisierung“ fest, was eine Besetzung Deutschlands und eine Kontrolle mittels militärischer Präsenz bedeutete.

Diese Grundsätze verhinderten nicht, dass die „Großen Drei“ nach der Kapitulation Deutschlands unterschiedliche Vorstellungen von der Zukunft des besiegten Staates hatten. Die USA befürworteten eine Einbindung in die Weltwirtschaft. Großbritannien hingegen sah in Deutschland eher eine Gefahr, sollte es wieder zu einer politischen und wirtschaftlichen Macht aufsteigen. Trotzdem sollte es als stabiler ökonomischer Faktor in der Nachkriegsordnung Europas eine wichtige Rolle spielen. Ganz anders die Pläne der Sowjetunion, die möglichst hohe Reparationen anstrebte. Auf der Potsdamer Konferenz vom 17. Juli bis 2. August 1945 gab es ebenfalls keine deutschlandpolitischen Vorstellungen, die einem einheitlichen Konzept folgten. Hier zeichneten sich noch deutlicher massive Interessengegensätze zwischen den Westmächten und der Sowjetunion ab. Die Sieger verpflichteten sich aber auf eine demokratische Umgestaltung Deutschlands

und auf die Behandlung als wirtschaftliche Einheit. Der politische und gesellschaftliche Neuanfang in den Besatzungszonen verlief unterschiedlich. Dabei gab es zwischen der amerikanischen und britischen Zone die meisten Gemeinsamkeiten, insbesondere im Hinblick auf die Etablierung marktwirtschaftlich-kapitalistischer Wirtschaftsstrukturen. Die Wiederbelebung des politischen Lebens in der französischen Zone verlief dagegen zunächst schleppend.

Josef Stalin formulierte schon im April 1945, also wenige Wochen vor der Kapitulation des nationalsozialistischen Regimes, folgendes deutschlandpolitisches Ziel: „Dieser Krieg ist nicht wie in der Vergangenheit, wer immer ein Gebiet besetzt, erlegt ihm auch sein eigenes gesellschaftliches System auf. Jeder führt sein eigenes System ein, so weit seine Armee vordringen kann“. Damit war er von seiner Maxime abgerückt, wonach die Schwächung des Feindstaates oberste Priorität haben müsse. Russisch-sowjetische Großmachtspolitik vermischte sich mit dem Streben nach kommunistischer Weltherrschaft auf Grundlage der Ideologie des Marxismus-Leninismus. Hinzu kam eine Projektion eigener aggressiver Bestrebungen auf die (Außen-)Politik des Westens. Das Maximalziel einer Übertragung ihres politischen Systems auf das gesamte Deutschland hatte sich für die Sowjetunion zunehmend als unrealistisch erwiesen. So wollte Stalin wenigstens den von ihm besetzten Teil nach „realsozialistischem“ Muster umgestalten. Bereits am 10. Juni 1945 wurden in der sowjetischen Besatzungszone „antifaschistische“ und „demokratische“ Parteien zugelassen, und eine Struktur aus Landes- und Pro-

vinzverwaltungen geschaffen. Darüber hinaus wurde eine Bodenreform durchgeführt und die agrarischen Großgrundbesitzer entschädigungslos enteignet. Auch durch die Demontage eines Drittels von Fabriken und Anlagen bis zum Frühjahr 1946 zeichneten sich tiefgreifende ökonomische und politische Umwälzungen in diesem Teil Deutschlands ab.

Am 9. Juni 1945 wurde die „Sowjetische Militäradministration in Deutschland“ (SMAD) gegründet. Dies stellte eine wichtige Voraussetzung für eine entsprechende politische und gesellschaftliche Transformation dar. Die aus der (Zwangs-) Vereinigung von KPD und SPD am 21./22. April 1946 hervorgegangene SED unterstand der Besatzungsmacht und führte im wesentlichen die „Empfehlungen“ der Sowjetunion aus. Dabei stellte die Berufung auf einen „antifaschistischen Neuanfang“ eine Besonderheit dar. Dies sprach besonders die nach Deutschland zurückgekehrten Emigranten und KPD-Kadergruppen an, welche unter Führung von Walter Ulbricht an der Konstituierung der neuen gesellschaftlichen Ordnung mitwirkten. Mit der Entstehung der SED war ein wesentliches Fundament für einen eigenständigen Weg unter kommunistischen Vorzeichen in der Sowjetischen Besatzungszone (SBZ) gelegt.

Nach den gescheiterten Außenministerkonferenzen im April und Juni 1946 in Paris, zeichnete sich zunehmend eine konfrontative Politik ab, die über vier Jahrzehnte lang als „Ost-West-Konflikt“ die Weltpolitik bestimmen sollte. Ihren formalisierten Ausdruck fanden die zunehmenden Unterschiede in der Gründung der „Bizone“, mit der die USA und

Großbritannien zum 1. Januar 1947 ihre jeweiligen Besatzungszonen zusammenführten. Nur kurze Zeit später, am 12. März 1947, verkündete der amerikanische Präsident Truman eine Politik der Eindämmung („containment“) gegenüber der Sowjetunion („Truman-Doktrin“). Damit war ein gemeinsames politisches Handeln der vier Siegermächte gänzlich ausgeschlossen. Die Sowjetunion interpretierte den vom amerikanischen Außenminister Marshall am 5. Juni 1947 proklamierten Plan eines europäischen Wiederaufbauprogramms („Marshall-Plan“) als Bedrohung ihres sozialistischen Modells. Moskau lehnte eine Teilnahme am US-Wirtschaftsprogramm ab. Der Grad der Konfrontation zeigte sich auch in der Aussage des sowjetischen Außenministers Molotow am Rande der gescheiterten Außenministerkonferenz vom 25. November bis 15. Dezember 1947. Dieser sprach von einem „imperialistischen Krieg gegen die Sowjetunion“. Die Erweiterung der Bizone zur „Trizone“ durch einen Beitritt Frankreichs und der Beschluss der westlichen Mächte zur Errichtung eines föderativen Regierungssystems auf einer Konferenz in London im Februar/März 1948, vertiefte die Ost-West-Spaltung zusätzlich. Am 20. März 1948 verließen die sowjetischen Vertreter den alliierten Kontrollrat. Dies war das formelle Ende einer gemeinsamen Deutschlandpolitik der vier Siegermächte.

Die SED-Führung war zur Unterstützung eines ostdeutschen Separatstaates auf sozialistischer Grundlage schon deshalb bereit, weil sie sich bewusst darüber war, dass sie bei freien Wahlen in ihrem Ursprungsgebiet scheitern würde und auch in Gesamtdeutschland keine

Chance zur Machterringung hatte. Konsequenterweise verwies der SED-Vorsitzende Otto Grotewohl schon im Oktober 1946 vor dem Parteivorstand auf die Stärkung des internationalen Gewichts seiner Partei. Im Vorfeld der Moskauer Außenministerkonferenz sollte die SBZ in internationale Vereinbarungen eingebunden werden. Auf ihrem II. Parteitag im September 1947 erhob die Parteiführung der SED gar den Anspruch auf eine eigenständige politische Orientierung. Die SED war darum bemüht, keine (offensichtlichen) Gegensätze zu den Vorgaben der sowjetischen Besatzungsmacht durchscheinen zu lassen. Das zeigte sich in der bereitwilligen Distanzierung von Jugoslawien im Sommer 1948, nachdem der dortige Staats- und Parteichef Tito von Moskau als ideologischer „Abweichler“ gebrandmarkt worden war.

Die Sowjetunion reagierte auf die separate Währungsreform der Westmächte am 20. Juni 1948 nicht nur mit der Einführung einer eigenen Währung in ihrer Besatzungszone, sondern begann die „Berlin-Blockade“: Die Zufahrtswege nach West-Berlin wurden blockiert und die Stromversorgung in den Berliner Westsektoren unterbrochen. Damit sollte der Anspruch auf Berlin als Ganzes zum Ausdruck gebracht und die Sowjetische Besatzungszone stabilisiert werden. Ziel war es, die Westmächte zur Aufgabe Berlins zu bewegen. Die Blockade fand am 12. Mai 1949 ihr Ende, nachdem eine von den Westmächten getragene Luftbrücke die Versorgung der Bevölkerung in West-Berlin erfolgreich sicherstellen konnte. Mit der vergeblichen Blockade erlitt die Sowjetunion eine schwere politische

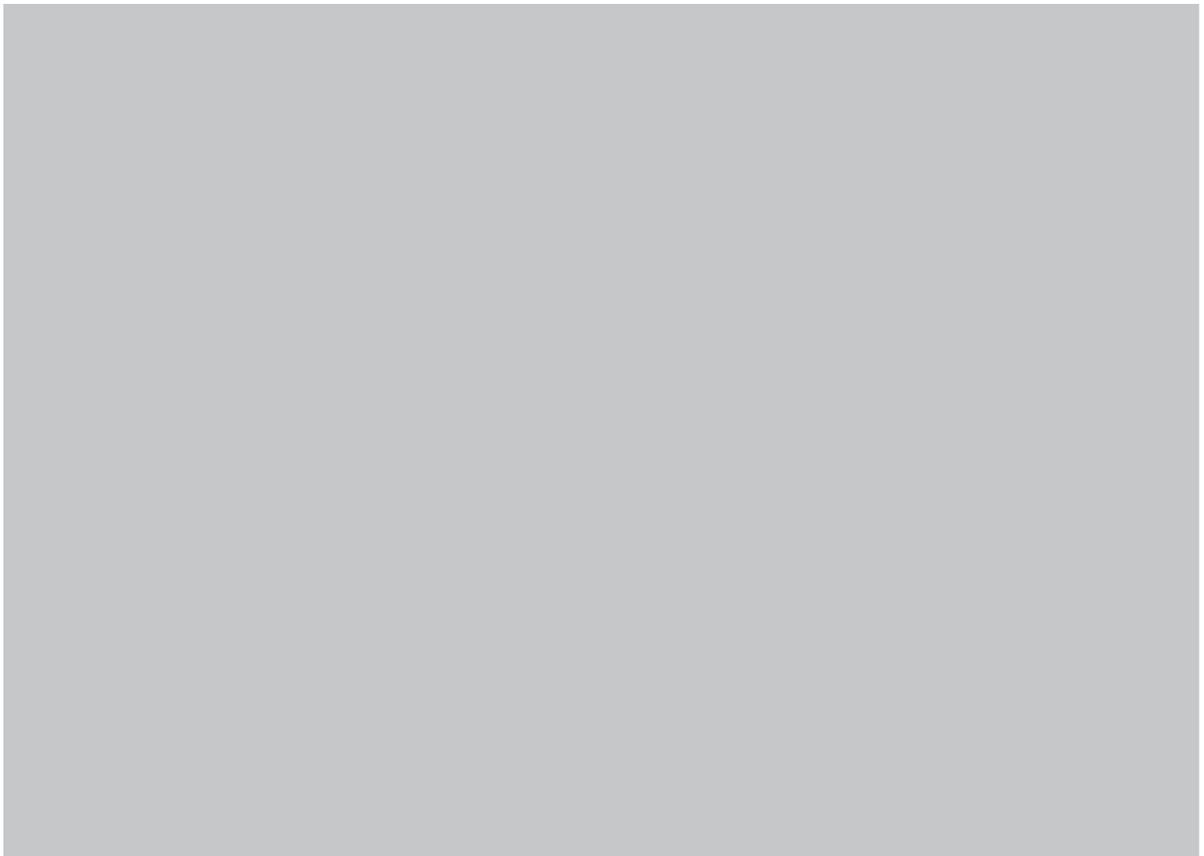
und propagandistische Niederlage. Die westlichen „Rosinenbomber“ wurden zu einem Identität stiftenden Moment in der Westzone. An die Blockade knüpfte die SED-Führung zunächst Hoffnungen, bald in ganz Berlin regieren zu können. Sie beugte sich aber der Linie der Sowjetunion zur Schaffung eines ostdeutschen Teilstaates, nachdem sich die mit dieser Aktion verbundenen Ziele nicht realisieren ließen. In der zweiten Jahreshälfte 1948 wurden in den Westzonen Strukturen und Gremien geschaffen, die mit der Annahme des Grundgesetzes am 23. Mai 1949 zur Gründung der Bundesrepublik Deutschland führten.

In der Ostzone waren die sozialistischen Verwaltungsstrukturen bereits weit ausgebildet. Der Weisung Stalins an die SED Ende 1948, bald einen eigenen Staat zu proklamieren, konnte somit problemlos Folge geleistet werden. Die Konstituierung einer provisorischen Volkskammer am 7. Oktober 1949 und die Verkündung der Verfassung der Deutschen Demokratischen Republik schufen nur wenige Monate später den zweiten deutschen Staat.

Mit der Gründung der DDR endete die kurze Geschichte der SBZ, die trotz manch eigener Akzentsetzungen durch die SED nahezu vollständig von der sowjetischen Besatzungsmacht bestimmt wurde. Dazu trug vor allem die Umwandlung der SED zu einer „Partei neuen Typs“ 1947/48 bei, die eine weitgehende „Stalinisierung“ bedeutete. Auch die Verwaltung der SBZ orientierte sich schon recht früh an sowjetischen Vorbildern. Die Folgen des Zweiten Weltkrieges führten aber nicht nur zu einer „Sowjetisierung“ des östlichen

Teils Deutschlands. Vielmehr bildeten die Staaten Mitteleuropas insgesamt 40 Jahre lang einen festen Gürtel „realsozialistischer“ Systeme unter Führung der UdSSR.

Die Fünfzigerjahre: „Kalter Krieg“ und staatliche Instabilität



(Bundesarchiv 183-08242 – 0023)

Vom 23. bis 25.9.1950 weilte eine Regierungsdelegation der DDR unter Leitung des Stellvertretenden Ministerpräsidenten Walter Ulbricht in Sofia.

Sie unterzeichneten am 25.9.1950 ein Kulturabkommen und ein Finanzabkommen und beschlossen die Vorbereitung eines langfristigen Handelsvertrages. Sie gaben eine gemeinsame Deklaration heraus. Unterzeichnungen der gemeinsamen Deklaration durch den Stellvertretenden Ministerpräsidenten der DDR Walter Ulbricht (links sitzend) und dem Vorsitzenden des Ministerrates der Volksrepublik Bulgarien Wylko Tschervenoff (rechts sitzend). (Zeitgenössische Bildlegende des Allgemeinen Deutschen Nachrichtendienstes der DDR,ADN)

Insgesamt war die DDR zu Beginn der 50er-Jahre vor allem um die Konsolidierung ihres Staatswesens bemüht. Obwohl ihre „Satelliten-Funktion“ und die mangelnde außenpolitische Handlungsfähigkeit überdeutlich waren, stellte sie besonders gegenüber den Bruderländern demonstrative Eigenständigkeit heraus. Noch in ihrem Gründungsjahr nahm die DDR diplomatische Beziehungen zur Vormacht Sowjetunion, dann zu Polen, der Tschechoslowakei, Ungarn, Rumänien, China und Nord-Korea auf; 1950 folgte die Mongolische Volksrepublik. In jenem Jahr erklärten die DDR und Polen auch die Oder und Lausitzer Neiße zur gemeinsamen „unantastbaren Friedens- und Freundschaftsgrenze“ (Görlitzer Vertrag), obwohl die Abtretung der deutschen Ostgebiete zunächst auch von der SED-Führung abgelehnt wurde. Gegenüber der Tschechoslowakei legte sich die DDR fest: es gebe zwischen beiden Staaten keine „offenen und strittigen“ Fragen und deswegen sei die „Umsiedlung der Deutschen aus der Tschechoslowakei unabänderlich, gerecht und endgültig“. Eine verstärkte ökonomische Ausrichtung auf die sowjetischen Nachbarstaaten ergab sich durch den Beitritt des ostdeutschen Staates zum RGW am 29. September 1950. Schon vier Jahre später wickelte die DDR innerhalb dieser Organisation drei Viertel ihres Außenhandels ab. Institutionell war in dieser Zeit die Sowjetische Kontrollkommission (SKK) von Bedeutung. Sie wurde am 5. November 1949 gebildet und besaß weitgehende Vollmachten über die Entwicklung in der DDR. Bereits am Tag der Staatsgründung wurde das MfAA gebildet, das zunächst von Georg Dertinger – damals Generalsekretär der CDU (Ost) – geleitet wurde.

Die so genannte Stalin-Note stellte erstmals eine Herausforderung für die Außenpolitik der DDR dar. Am 10. März 1952 begann von der Sowjetunion ausgehend ein Notenwechsel über die Möglichkeiten und Bedingungen einer deutschen Wiedervereinigung. Die DDR wurde an der Ausarbeitung dieser Initiative nicht beteiligt, obwohl es zunächst im Zusammenhang mit der 1951 gestarteten Kampagne „Deutsche an einen Tisch“ nach einer Mitwirkung an entsprechenden Plänen ausgesehen hatte. Nun wurde Ost-Berlin von Moskau instrumentalisiert und über den Inhalt der Pläne lediglich sehr kurzfristig informiert. Vor dergründig betrachtet, machte die Sowjetunion mit ihrem Angebot eine Reihe von Zugeständnissen an die Westmächte. Der „Entwurf für einen Friedensvertrag“ beinhaltete die Vision eines „unabhängigen, demokratischen und friedliebenden“ Gesamtdeutschlands, welches freilich „keinerlei Koalitionen oder Militärbündnisse“ eingehen und aus dem die Besatzungsmächte abrücken sollten. Damit stellte die Sowjetunion die Existenz ihres deutschen Satellitenstaates aufs Spiel, was allerdings durch die Ablehnung freier Wahlen wieder eingeschränkt wurde. Denn eine solche Zusicherung hätte die Herrschaft der SED im Ostteil Deutschlands definitiv beendet. Folglich reagierten die Westmächte ablehnend auf die sowjetische Initiative. Die DDR begleitete die Kampagne trotz ihres für sie bedrohlich erscheinenden Inhalts positiv, verfolgte sie doch das Ziel, die voranschreitende Westintegration der Bundesrepublik zu behindern. Auf der anderen Seite beschloss die SED auf ihrer II. Parteikonferenz im Juli 1952 den „Aufbau der Grundlagen des Sozialismus in der DDR“. Damit setzte sie sich vom

Inhalt der Stalin-Note deutlich ab. Dieses Vorgehen deutete einerseits darauf hin, dass Ost-Berlin eine Ablehnung der Stalin-Note durch den Westen bereits ahnte. Andererseits hatte auch Stalin die SED-Führung im April 1952 dazu ermuntert, den Sozialismus in der DDR aufzubauen. Neuere Quellen belegen, dass es sich bei der Stalin-Note um eine propagandistisch motivierte Initiative gehandelt hat.

Die Jahre 1952/53 waren für die DDR mit zunehmender Instabilität und Verunsicherung über die sowjetische Deutschlandpolitik verbunden. Sichtbarstes Zeichen ihrer Schwäche und ihres Abgrenzungsbedürfnisses war die Errichtung eines fünf Kilometer breiten Sperrgebietes entlang der Zonengrenze im Mai 1952, die bereits als „Demarkationslinie“ bezeichnet wurde. Dass der ostdeutsche Außenminister Dertinger wegen unbotmäßiger Vorschläge zur Neutralisierung Deutschlands im Januar 1953 zu 15 Jahren Haft verurteilt wurde, zeigt, wie heikel das Thema eines eigenständigen Staates „DDR“ war. Dertinger ersetzte der als linientreu geltende Lothar Bolz von der „Blockpartei“ NDPD. Die zukünftige Außenpolitik der Sowjetunion war für die DDR-Führung nach dem Tod Stalins am 5. März 1953 nur schwer einschätzbar. Es gab aber Anzeichen für eine Kurskorrektur, weil die sowjetische Regierung den „Aufbau des Sozialismus“ in der DDR nun als kontraproduktiv ansah. Am 28. Mai 1953 wurde die SKK aufgelöst, deren Aufgaben von einem „Hohen Kommissar der UdSSR in Deutschland“ übernommen wurden. Dieses änderte aber nichts an der Weisungsmacht der Sowjetunion. Eine hochrangige Delegation von Politbüro-Mitglie-

dern unter Führung Walter Ulbrichts besuchte Anfang Juni 1953 Moskau, ohne allerdings Klarheit über die sowjetische Haltung zu ihrem Staat zu bekommen. Eine von der SED beschlossene Normenerhöhung für die Industrieproduktion führte dann am 16. und 17. Juni 1953 zu Protestaktionen der Arbeiterschaft. Diese begannen zunächst in Ost-Berlin, breiteten sich jedoch schnell in anderen Städten der DDR aus. Die Unruhen nahmen den Charakter eines Volksaufstandes an, der sich auch gegen das politische System als Ganzes richtete. In dieser Situation erwies sich die Partei- und Staatsführung als weitgehend handlungsunfähig. Nur durch den Einsatz sowjetischer Truppen konnte die Existenz der DDR gerettet werden. Nach Überwindung der Krise gestand Moskau der DDR einen aktiveren Part innerhalb des östlichen Bündnisses zu. Fortan bemühte sich die SED-Führung um eine Intensivierung der wirtschaftlichen und kulturellen Bindungen zu Ländern Osteuropas und des RGW, was auch die Unterstützung der Sowjetunion fand. Am 25. März 1954 veröffentlichte die sowjetische Regierung eine Erklärung über die Anerkennung der Souveränität der DDR, die nun „nach eigenem Ermessen über ihre inneren und äußeren Angelegenheiten“ bestimmen können sollte. An der Abhängigkeit des ostdeutschen Staates von seiner Schutzmacht änderte dies freilich nichts, auch wenn von nun an ein Botschafter statt des „Hohen Kommissars“ in Ost-Berlin residierte.

Von großer Bedeutung für die außenpolitischen Bindungen der DDR war die Zugehörigkeit zum Warschauer Pakt (genaue Bezeichnung: „Vertrag über Freundschaft, Zusammenarbeit und ge-



(Bundesarchiv 183-09435-0004)

Am 27. Januar 1951 unterzeichneten der Leiter des polnischen Außenministeriums Skrzyszewski und Außenminister Dertinger in Frankfurt/O. das Abschlussprotokoll der Grenzmarkierung der Oder-Neiße-Friedensgrenze. Damit ist die Friedensgrenze zwischen der Republik Polen und der DDR endgültig festgelegt. (Zeitgenössische Bildlegende des Allgemeinen Deutschen Nachrichtendienstes der DDR, ADN)

genseitigen Beistand“). Dieser wurde am 14. Mai 1955 zwischen der UdSSR, Albanien (bis 1968), Bulgarien, der DDR, Polen, Rumänien, der Tschechoslowakei und Ungarn geschlossen. Der zunächst für 20 Jahre geltende „Freundschaftsvertrag“, in dem sich die Teilnehmerstaaten gegenseitig Beistand zusicherten, war ein Militärbündnis mit einem gemeinsamen Kommando der Streitkräfte unter Führung der Sowjetunion. Durch Artikel 7 wurde die Souveränität der Mitgliedsstaaten stark eingeschränkt: So durften diese keinem anderen Bündnis angehören. Auch die Möglichkeit eines

Austritts war im Vertrag nicht vorgesehen. Der Pakt diente als Gegengewicht zur unmittelbar vorher gegründeten NATO in Europa. Am 20. September 1955 schlossen die UdSSR und die DDR noch einen zusätzlichen Vertrag ab, der die bilateralen Beziehungen bei „völliger Gleichberechtigung, gegenseitiger Achtung der Souveränität und der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten“ regelte. Trotzdem galten weiterhin die ideologischen Prinzipien, und die Vorherrschaft der UdSSR dokumentierte vor allem die Präsenz sowjetischer Truppen auf dem Gebiet

der DDR. Mit der Aufstellung einer eigenen „Nationalen Volksarmee“ (NVA) und der Bildung eines entsprechenden Ministeriums im Januar 1956 wurde die Eigenstaatlichkeit der DDR jedoch deutlich abgesichert. Die politische und militärische Integration in das östliche Bündnisssystem war damit gleichfalls abgeschlossen. Von allen Staaten des Warschauer Paktes war die DDR am stärksten an der Geschlossenheit und militärischen Stärke des Bündnisses interessiert.

Die „Hallstein-Doktrin“ stellte die DDR-Außenpolitik vor eine neue Herausforderung. Nach dem damaligen Staatssekretär im Bonner Auswärtigen Amt Walter Hallstein benannt, wurde sie erstmals im Dezember 1955 auf einer Botschafterkonferenz in Bonn formuliert. Die Hallstein-Doktrin fixierte den „Alleinvertretungsanspruch“ der Bundesrepublik. Das bedeutete, dass die Aufnahme diplomatischer Beziehungen anderer Länder zur DDR von der Bundesregierung als „unfreundlicher Akt“ betrachtet und zum Abbruch ihrer Beziehungen zu diesen Ländern führte. Von der DDR wurde diese Strategie als „Alleinvertretungsmaßnahme“ angeprangert und versucht, die Hallstein-Doktrin zu unterlaufen. Dieses gelang ihr einmalig im Oktober 1957. Die DDR nahm diplomatische Beziehungen zu Jugoslawien unter Tito auf, worauf die Bundesrepublik die Beziehungen zu Jugoslawien abbrach. Dieser Schritt wurde seitens der DDR wiederum als „völkerrechtswidriger Akt der unverhüllten Einmischung in Angelegenheiten dritter Staaten“ und „Ausdruck der entspannungsfeindlichen, revanchistischen Politik der Bonner Regierung“ gebrandmarkt. Die SED versuchte ihre Außenpolitik auf der III. Partei-

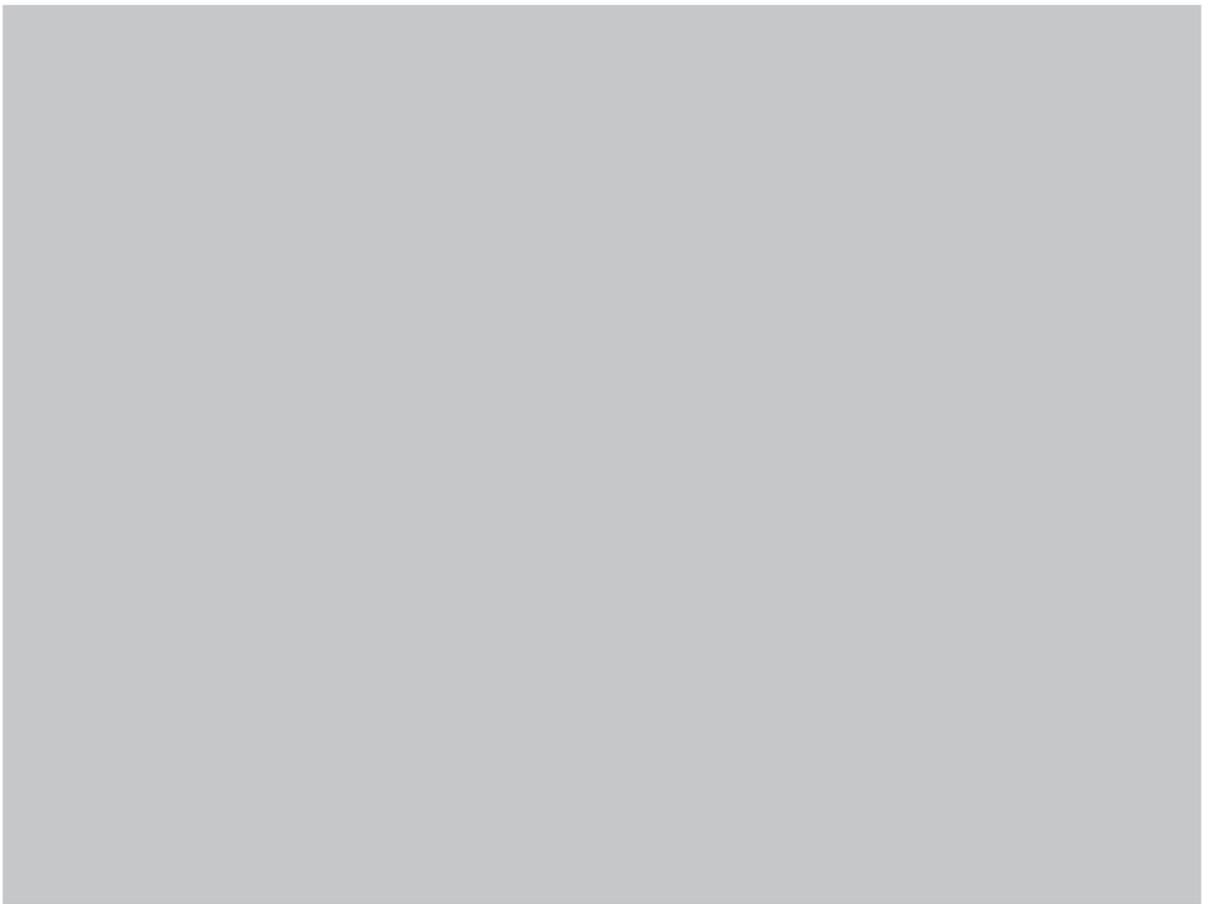
konferenz im März 1956 zu festigen. Dort hob man hervor, die Entwicklung der DDR sei „jetzt nicht (...) mehr von der Entwicklung des ganzen sozialistischen Lagers“ zu trennen. Hier läge „die wichtigste Garantie für die weiteren Erfolge der Deutschen Demokratischen Republik“.

In außenpolitischer Hinsicht folgte die DDR dem Kurs des sowjetischen KPdSU-Generalsekretärs Chruschtschow, der in seiner legendären Geheimrede auf dem XX. Parteitag der KPdSU im Februar 1956 dem Land eine „Entstalinisierung“ verordnet und die These von der „friedlichen Koexistenz“ formuliert hatte. Seit Mitte der 50er-Jahre war die SED zu dem darum bemüht, sowohl diplomatische als auch wirtschaftliche Beziehungen zu Entwicklungsländern herzustellen. Damit erzielte die DDR Erfolge in Ägypten, Indien, dem Sudan und Syrien. Gleichzeitig propagierte sie in Bezug auf die Bundesrepublik Konföderationspläne, an deren Ernsthaftigkeit allerdings gezweifelt werden musste. Auch der 1957 vom polnischen Außenminister Rapacki entwickelte Plan einer atomwaffenfreien Zone, die sich auf das Gebiet der Bundesrepublik, der DDR und Polen erstrecken sollte, fand die propagandistische Unterstützung der DDR und der Sowjetunion. Bezogen auf die „Bruderländer“ im Osten verfocht die DDR-Führung eine harte ideologische Linie. Die SED war jederzeit bereit, Interventionen in anderen Ländern zu rechtfertigen, wenn sie das kommunistische Lager in Gefahr sah. Dies galt auch für die Unruhen in Polen 1956, welche die SED schon deshalb argwöhnisch verfolgte, weil sie ein Übergreifen auf ihren Staat befürchtete. Noch augenscheinlicher war diese Positionie-

zung im Zusammenhang mit dem Volksaufstand in Ungarn im gleichen Jahr, der von der UdSSR militärisch niedergeschlagen wurde. Dies fand die uneingeschränkte politische Unterstützung der SED. Im November 1958 zeigte sich erneut, wie eingeschränkt gerade die DDR-Außenpolitik aufgrund eigener Instabilität war. Chruschtschow plante – noch in Abstimmung mit Ulbricht – einen Friedensvertrag der Vier Mächte, die völkerrechtliche Anerkennung beider deutscher Staaten und die Schaffung einer „Freien Stadt“ Berlin. In seinem „Berlin-Ultimatum“ vom 10. November 1958 forderte er die Abschaffung des Besatzungsre-

gimes für die Stadt. Zudem sollten die Moskau unterstellten Zufahrtswege der DDR übertragen werden. Am 27. November wurde diese Ankündigung den Westmächten offiziell zur Kenntnis gegeben. Den Entwurf für einen separaten Friedensvertrag mit der DDR legte die Sowjetunion am 10. Januar 1959 vor, ohne dass sich die westlichen Mächte zu Konzessionen bereit zeigten. Die DDR selbst hatte kaum Einfluss auf die Verhandlungen und deren Ergebnis. Wegen der schlechten wirtschaftlichen Situation und der vielen Tausend Flüchtlinge in die Bundesrepublik war ihr Ansehen ohnehin stark geschwächt.

Die Sechzigerjahre: Bau der Mauer und staatliche Konsolidierung



(Bundesregierung/Schütz)

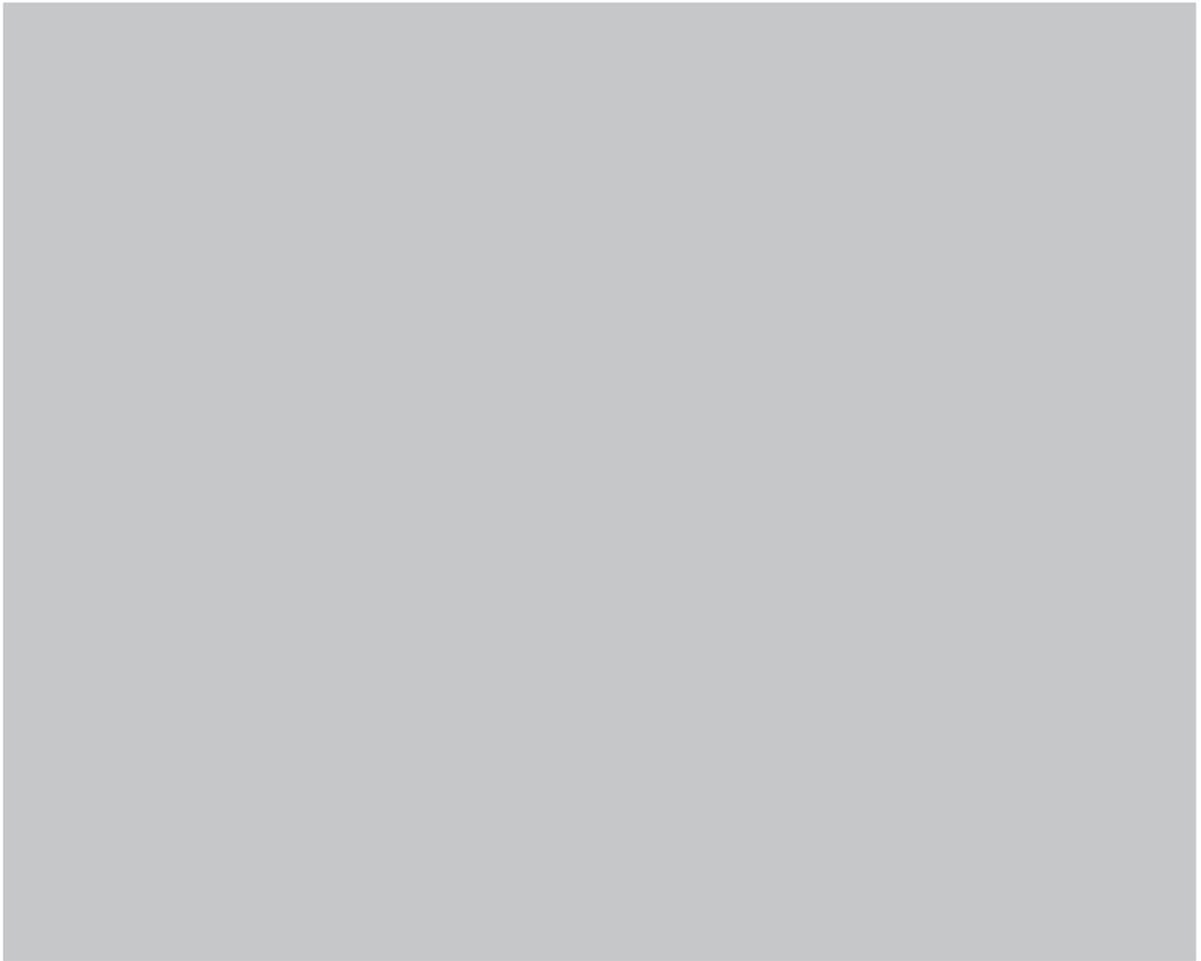
Mauerbau am Brandenburger Tor 1961

Mit Beginn des zweiten Jahrzehnts ihrer Existenz verschärfte sich die Situation für die DDR dramatisch. Der Westteil Berlins, „das Schaufenster des Westens“, wirkte besonders auf Facharbeiter und Akademiker aufgrund der freiheitlichen Möglichkeiten und der höheren Löhne anziehend. Im Jahre 1960 stieg der Flüchtlingsstrom auf 199.000 Menschen an. Die „Abstimmung mit den Füßen“ zeigte, dass die DDR den Wettlauf um das effektivste politische und wirtschaftliche System mit der Bundesrepublik schon zu diesem Zeitpunkt verloren hatte. In einem Brief an Chruschtschow im Januar 1961 gestand Ulbricht zudem die zeitweise Zahlungsunfähigkeit im Jahr zuvor ein. Zwei Monate später plädierte er auf einer Tagung der Staaten des Warschauer Paktes für eine sofortige Absperrung West-Berlins, wobei in diesem Zusammenhang auch bereits die Bezeichnung „Grenzsicherung“ fiel. Die DDR zeigte sich entschlossen, die für sie existenzgefährdende Lage durch Abschottung zu beenden. Doch noch am 15. Juni bekundete Ulbricht öffentlich, dass niemand die „Absicht hat, eine Mauer zu errichten“. Der SED-Chef hatte es jedenfalls geschafft, den „Bruderländern“ und insbesondere der Sowjetunion die Bedeutung „seiner“ DDR für das gesamte (real)sozialistische Lager zu vermitteln. Die Entscheidung für den Bau der Mauer fiel sehr wahrscheinlich auf einer Versammlung der kommunistischen Parteiführer der Warschauer-Pakt-Staaten vom 3. bis 5. August 1961 in Moskau. Am 13. August errichteten die DDR-Grenztruppen die „Berliner Mauer“, die zunächst noch aus Stacheldraht bestand, im Laufe der Jahre aber immer mehr perfektioniert und damit undurchlässiger wurde. In einer von der SED veröffent-

lichten Erklärung, der sich auch die Warschauer-Pakt-Staaten anschlossen, wurde der Mauerbau als ein „Akt der Friedenssicherung“ bezeichnet, der angesichts der „beschleunigten Aufrüstung und Atombewaffnung der westdeutschen Bundeswehr“ und einer „systematische[n] Bürgerkriegsvorbereitung“ notwendig gewesen sei. In der DDR werde „eine solche Kontrolle an den Grenzen“ eingeführt, „wie sie an den Grenzen jedes souveränen Staates üblich“ sei.

Die Folgen des Mauerbaus waren für die DDR durchaus zweigeteilt: Einerseits sicherte der abrupte Stopp der Fluchtwelle ihr staatliches Überleben, andererseits war mit dieser Maßnahme ein beträchtlicher – gerade auch außenpolitischer – Ansehensverlust verbunden. Zudem zeigten sich Unstimmigkeiten zwischen der DDR und der Sowjetunion bei der Frage nach den politischen Folgewirkungen. Während Ulbricht nach wie vor einen separaten Friedensvertrag mit der UdSSR und einen schrittweisen Abbau der Rechte der Westalliierten in Berlin anstrebte, kam der Sowjetunion ein konfrontativer Kurs in Europa gerade nicht gelegen. So nahm Chruschtschow im Oktober 1961 sein Berlin-Ultimatum zurück. Auf internationalem Gebiet war die Sowjetunion daran interessiert, den ideologischen Führungsanspruch in Konkurrenz zu China zu behaupten. Blockpolitische Notwendigkeiten veranlassten die SED im Januar 1963 daher auch zum Bruch mit Peking.

Am 12. Juni 1964 schloss die DDR mit der Sowjetunion einen „Vertrag über Freundschaft, gegenseitigen Beistand und Zusammenarbeit“, welcher in der Propaganda als „bis dahin wichtigste[s]



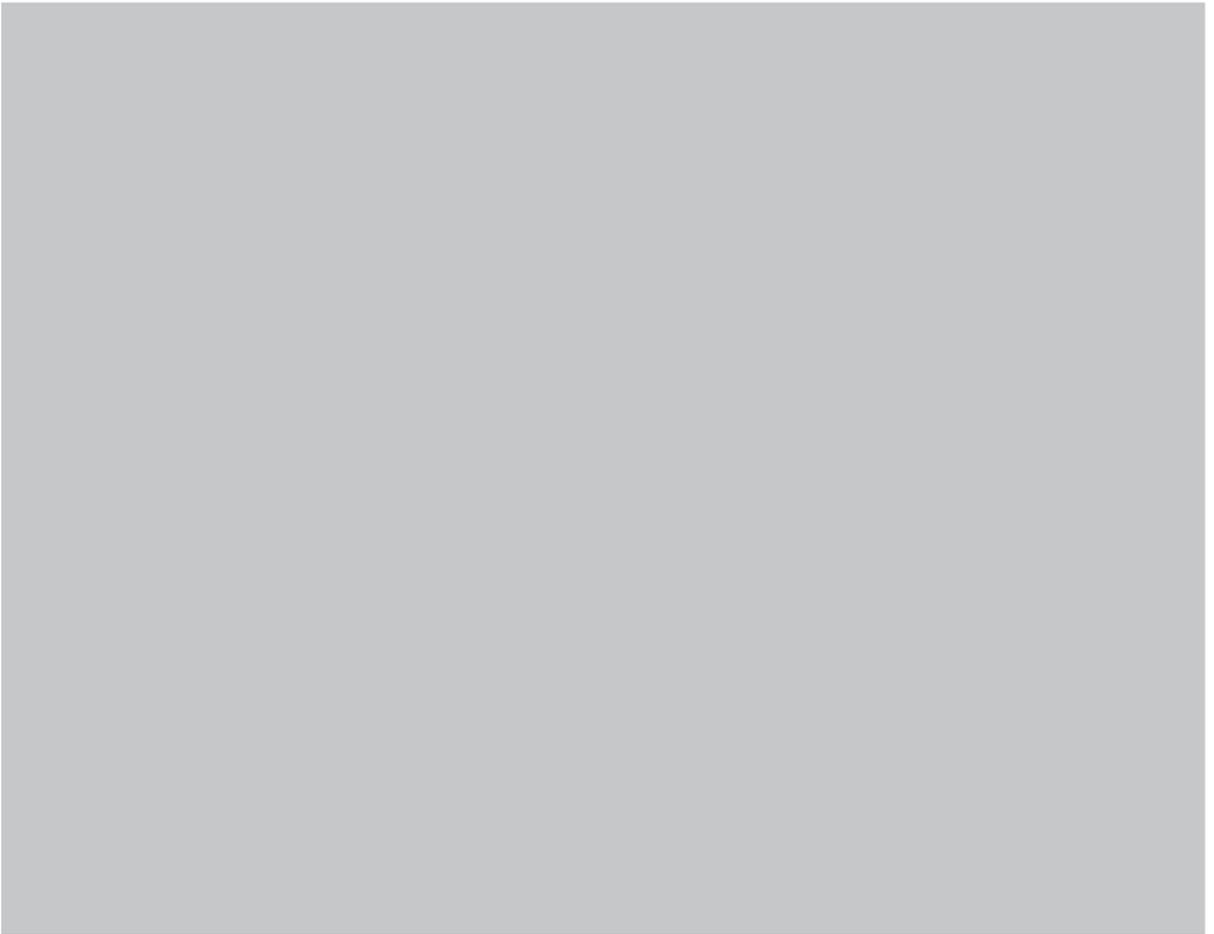
(Bundesarchiv 183-BO703-0010-006)

3.7.1963:

Zum 70. Geburtstag von Walter Ulbricht: Chruschtschow, Ulbricht und Cyrankiewicz im Halbleiterwerk Frankfurt/Oder. Nahezu die gesamte Belegschaft des Frankfurter Halbleiterwerkes begrüßte die drei Staatsmänner, N.S. Chruschtschow, Jozef Cyrankiewicz und Walter Ulbricht mit ihrer Begleitung. Unter den vielen hundert frohgestimmten Menschen, die N.S. Chruschtschow, J. Cyrankiewicz und Walter Ulbricht einen herzlichen Empfang bereiteten, befanden sich auch hervorragende Wissenschaftler aus allen Teilen der DDR. (Zeitgenössische Bildlegende des Allgemeinen Deutschen Nachrichtendienstes der DDR, ADN)

Ereignis und Ergebnis“ der DDR-Außenpolitik und als „folgerichtige“ Fortsetzung und Entwicklung der beiderseitigen Beziehungen dargestellt wurde. Der Vertrag bekräftigte die Mitgliedschaft beider Staaten zum Warschauer Pakt. Er bezeichnete West-Berlin als

„selbständige politische Einheit“ und forderte „die Normalisierung der Lage in West-Berlin auf der Basis eines Friedensvertrages“. Die UdSSR berief sich nach wie vor auf „Rechte und Pflichten“, die ihr aus „internationalen Abkommen einschließlich des Potsdamer Abkom-



(Bundesarchiv 183-D0923-0050-009)

24. September 1965: Zu Ehren des ZK der KPdSU, des Präsidiums des Obersten Sowjets der UdSSR und der Regierung der UdSSR gab die Partei- und Regierungsdelegation der DDR unter der Leitung Walter Ulbrichts am 23.9.1965 in der sowjetischen Hauptstadt einen festlichen Empfang. Frau Lotte Ulbricht im Gespräch mit sowjetischen Frauen und Mitgliedern der Delegation. (4.v.r.) Frau Breshnawa. (Zeitgenössische Bildlegende des Allgemeinen Deutschen Nachrichtendienstes der DDR,ADN)

mens“ erwachsen seien. Dem Vertrag wurde einerseits eine Gültigkeit von 20 Jahren zuerkannt, falls er nicht „auf Wunsch“ beider Seiten im Falle der „Schaffung eines einheitlichen, demokratischen und friedliebenden deutschen Staates“ oder durch Abschluss eines deutschen Friedensvertrages „überprüft“ werde. Andererseits hieß es, der Vertrag solle „der Freundschaft zwischen beiden

Staaten Richtung und Perspektive bis über das Jahr 2000 hinaus“ geben.

Die Staaten des Warschauer Paktes schlossen in den folgenden Jahren untereinander weitere bilaterale Verträge; die DDR allein im Jahre 1967 mit Polen, der Tschechoslowakei, Ungarn und Bulgarien. Insgesamt sollten diese Abmachungen der Konsolidierung des sozia-



(Bundesarchiv 183-H0603-0036)

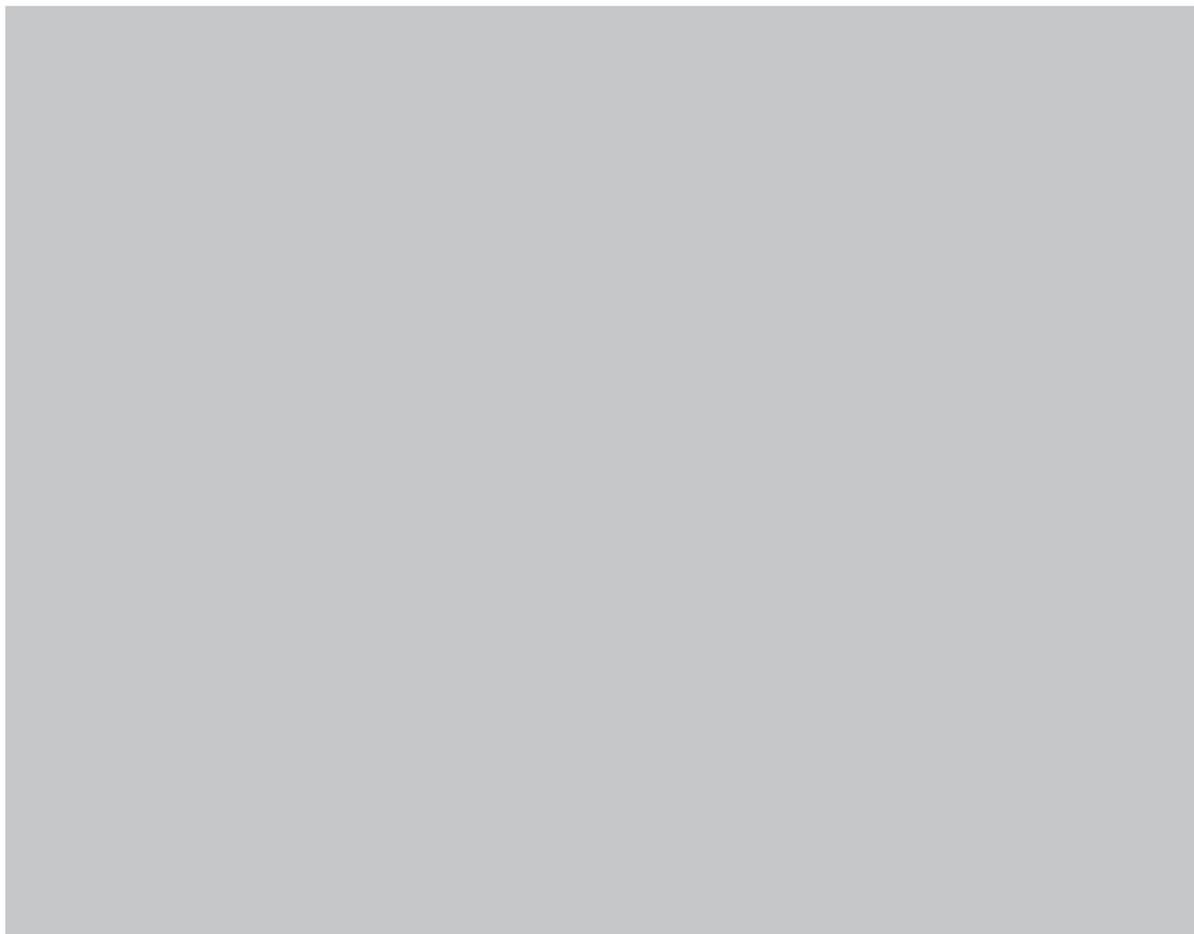
Zur Teilnahme an der internationalen Beratung der kommunistischen und Arbeiterparteien, die am 5.6.1969 in Moskau beginnt, traf die Delegation der SED unter Leitung des Ersten Sekretärs des ZK der SED und Vorsitzenden des Staatsrates der DDR, Walter Ulbricht (r.), in der sowjetischen Hauptstadt ein. Die Delegation wurde auf dem Flughafen Wnukowo 2 vom Generalsekretär des ZK der KPdSU, Leonid Breshnew (M.) und vom Mitglied des Politbüros des ZK der KPdSU und Vorsitzenden des Präsidiums des Obersten Sowjets der UdSSR Nikolai Podgorny (l.) herzlich begrüßt. (Zeitgenössische Bildlegende des Allgemeinen Deutschen Nachrichtendienstes der DDR,ADN)

listischen Lagers und dem Kampf gegen den „Imperialismus“ dienen. Die Bestimmungen zum Bündnisfall und über Art und Umfang der Beistandsleistung waren weitgehend aus dem Warschauer Pakt übernommen. Auch wurde in allen Verträgen die „Zwei-Staaten-Theorie“, die sowjetische Linie in der Deutschlandpolitik, bekräftigt. Die DDR interpretierte die Verträge als (zusätzliche) Garantie ihrer Grenzen und als Voraussetzung für ein noch herzustellendes, den europäischen Status quo zementierendes Sicherheitssystem. Außerdem sollten sie zu verstärkter Zusammenarbeit in allen politischen und gesellschaftlichen Bereichen führen und die gegenseitige Abstimmung – auch im Hinblick auf „gemeinsame außenpolitische Aktionen“ – erleichtern. Das Verhältnis der DDR zu Rumänien war durch die Tatsache überschattet, dass Bukarest 1967 als erstes (real)sozialistisches Land Osteuropas diplomatische Beziehungen zur Bundesrepublik aufnahm, ohne die vorherige völkerrechtliche Anerkennung der DDR durch den westdeutschen Staat zur Vorbedingung zu machen. Dieser Vorgang führte zu einer, auch öffentlich ausgetragenen, heftigen Kontroverse zwischen der SED und der rumänischen Parteiführung. Noch schärfer wurde in diesem Zusammenhang allerdings die Bundesregierung angegriffen, weil diese die Aufnahme der Beziehungen zur „erneuten provokatorischen Verkündung des annexionistischen Alleinvertretungsanspruchs“ nutzte.

In der Nahost-Krise von 1967 vertrat die DDR vorbehaltlos den arabischen Standpunkt, was mit einer – recht frühen – diplomatischen Anerkennung durch Kambodscha, Irak, Sudan, Südjemen, Syrien und Ägypten (Mai bis Juli 1969)

belohnt wurde. Schon der Besuch Walter Ulbrichts Anfang 1965 in Ägypten, der trotz massiver Proteste der Bundesrepublik zustande kam, stellte für die prestigebedürftige DDR ein großes Ereignis dar. Einen Durchbruch in außenpolitischer Hinsicht bedeuteten diese Erfolge allerdings nicht, zumal sich andere (westliche) Staaten – schon aufgrund der immer noch geltenden Hallstein-Doktrin – dieser Politik nicht anschließen mochten. Auf einer Konferenz der Warschauer-Pakt-Staaten vom 8. bis 10. Februar 1967 in Warschau wurde die im Westen auch als „Ulbricht-Doktrin“ bezeichnete Regelung getroffen, wonach die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zur Bundesrepublik zukünftig nicht möglich sein sollte, wenn nicht zugleich die DDR oder die Oder-Neiße-Grenze anerkannt würden. Allerdings ging dieser Beschluss in erster Linie auf den Wunsch der Sowjetunion und Polens zurück, die zu verhindern suchten, dass andere mitteleuropäische Staaten dem Beispiel Rumäniens folgten.

Auf den als „Prager Frühling“ bezeichneten Versuch der Tschechoslowakei im Jahre 1967, sich unter dem KP-Führer Dubcek vom sowjetischen Modell des „realen Sozialismus“ zu emanzipieren und einen „Sozialismus mit menschlichem Antlitz“ zu schaffen, reagierte die DDR in dogmatisch-harter Form. Sie missbilligte die reformsozialistischen Versuche in ihrem Nachbarland auch deshalb, weil sie von jeder Veränderung eine Destabilisierung des eigenen Staates befürchtete. Am 23. März 1967 versammelten sich die kommunistischen Parteichefs aus der UdSSR, Polen, Bulgarien, Ungarn und der DDR in Dresden und forderten die politische Führung in der Tschechoslowakei zu einer



(Bundesarchiv 183-D0306-0045-004)

6. März 1965: Walter Ulbricht im ägyptischen Port Said

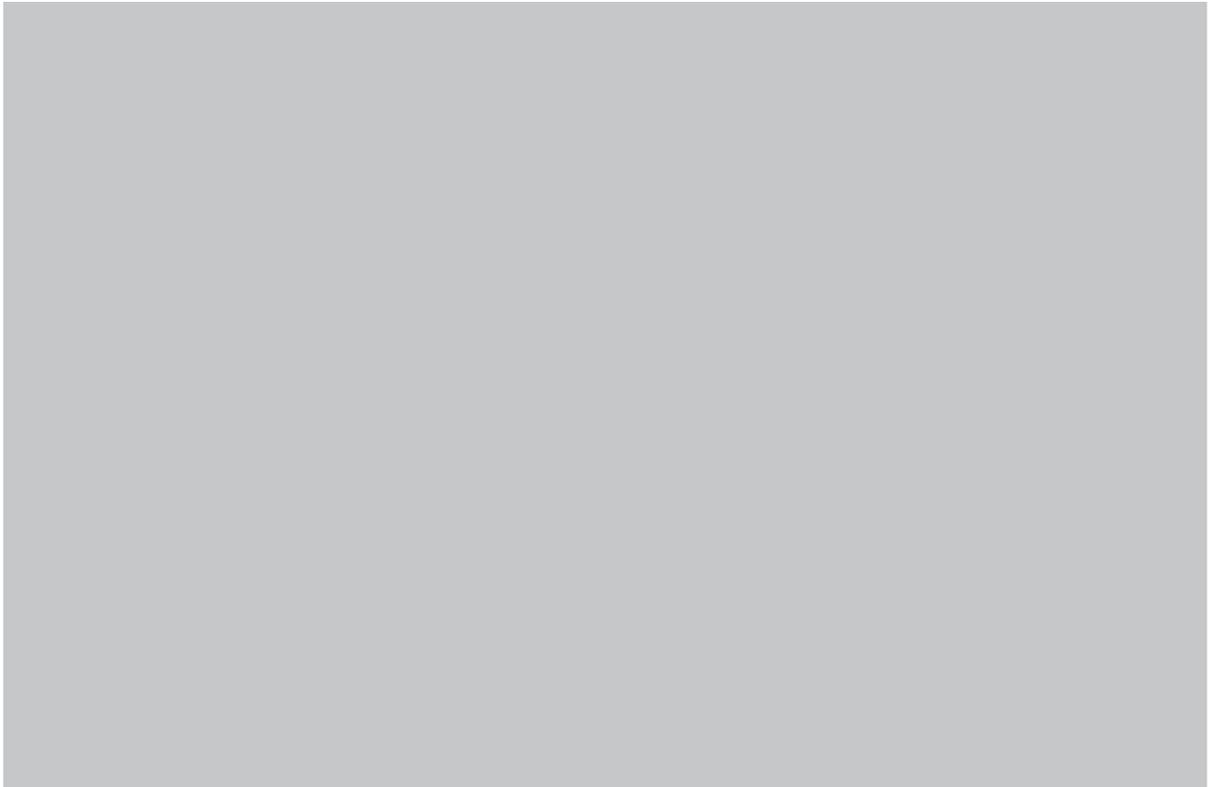
Kurskorrektur auf. Ulbricht verwendete gar den Begriff der „Konterrevolution“. Auf einem Treffen in Warschau im Juli 1968 verlangten die Staats- und Parteiführer unmissverständlich eine Bekämpfung dieser „konterrevolutionären“ Bestrebungen. Bei der am 17. August beschlossenen militärischen Lösung gehörte Ulbricht zwar nicht zu den aktiven Befürwortern. Die DDR war trotzdem an ihrer Ausführung mindestens indirekt beteiligt, indem sie den Nachschub für die Interventionstruppen sicherte. Die in der Folge der Ereignisse in Prag im September

1968 durchgesetzte „Breschnew-Doktrin“ untersagte den Staaten des sozialistischen Lagers einen außenpolitisch eigenständigen Weg. Für die DDR überwogen die Vorteile dieser Doktrin, weil dadurch zusätzlich ihr Bestand gesichert wurde.

Insgesamt waren die späten 60er-Jahre durch gegenläufige Tendenzen geprägt: Einerseits zeichnete sich die Außenpolitik der DDR durch die „Entspannungspolitik“ einleitende Schritte aus. So verabschiedete die Partei- und Staatsführung gemeinsam mit den anderen Staaten des War-

schauer Paktes im Juli 1966 eine Deklaration, in der man die Einberufung einer europäischen Sicherheitskonferenz und ein kollektives Sicherheitssystem forderte. Andererseits suchte die DDR weiterhin durch scharfe Attacken eine Abgrenzung zur Bundesrepublik. Auf der einen Seite sah die SED in der herannahenden neuen

„Ostpolitik“ Chancen für eine Erweiterung des eigenen Handlungsspielraums. Gleichzeitig fühlte sie sich durch die Regierungsbeteiligung der SPD in der Bundesrepublik in ideologischer Hinsicht bedroht. Die Konkurrenz des anderen politischen Systems in Deutschland blieb die Herausforderung für Ost-Berlin.

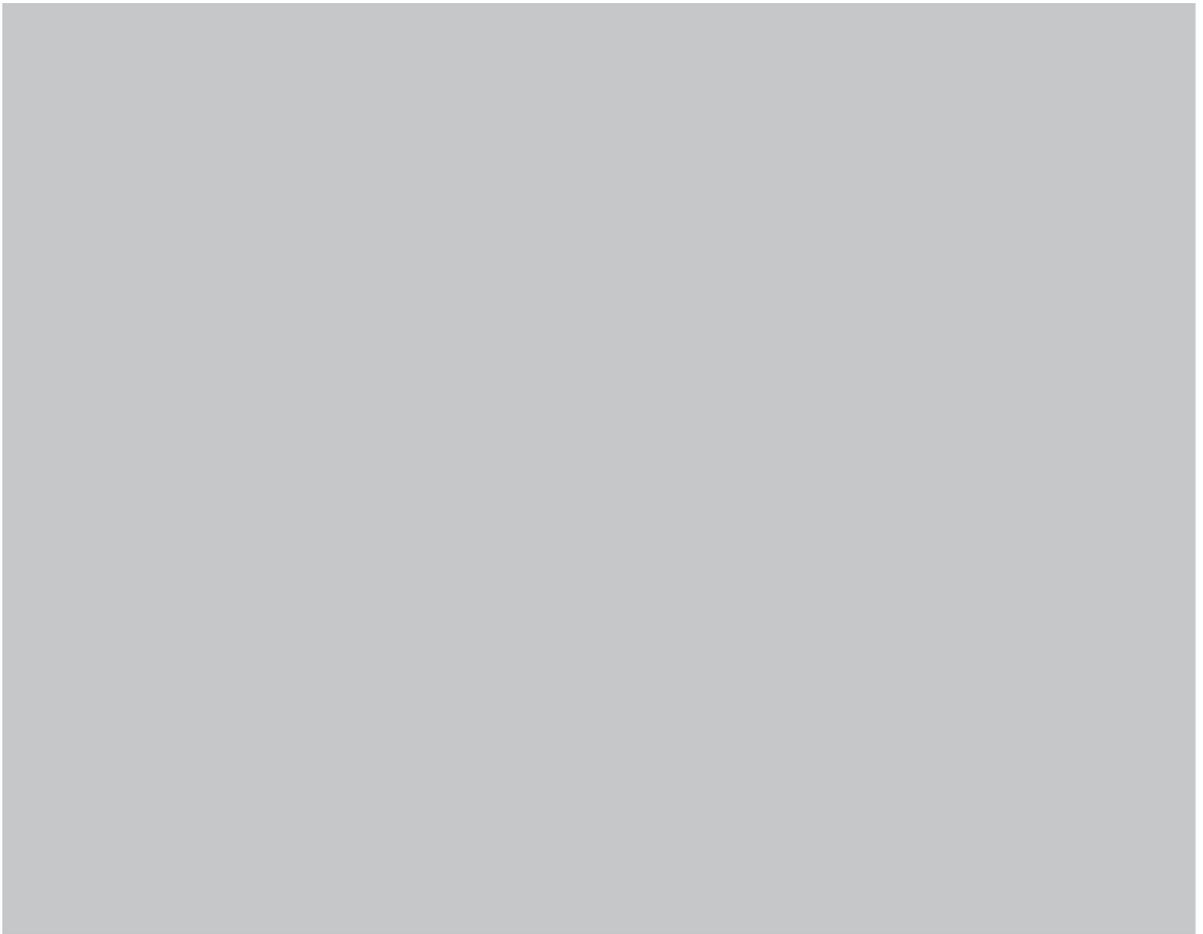


(Bundesarchiv 183-G1008-0029-001)

XIX. Olympische Sommerspiele

Für die Olympiamannschaft der DDR wurde am 3.10.1968 mit traditionellem Zeremoniell die Flagge im olympischen Dorf gehißt. Als Manfred Ewald, der Leiter der ersten selbständigen DDR-Mannschaft bei olympischen Sommerspielen, die Fahne am Mast emporzog (Foto), salutierten im Viereck angetretene mexikanische Soldaten. Das Zeremoniell, für die Athleten immer wieder ein eindrucksvolles Erlebnis, vollzog sich strikt nach der 1965 vom IOC in Madrid beschlossenen Kompromissregelung, die den Mannschaften der DDR und Westdeutschlands für 1968 in der Hymnen und Flaggenfrage die gleiche Auflage erteilt: Beethovens Musik und schwarz-rot-goldene Flagge mit den fünf olympischen Ringen. (Zeitgenössische Bildlegende des Allgemeinen Deutschen Nachrichtendienstes der DDR, ADN)

Die Siebzigerjahre: Entspannungspolitik und internationale Anerkennung



(Bundesarchiv 183-Jo608-0033-001)

8. Juni 1970: Die Ratifikationsurkunden zwischen der DDR und Ungarn zur Regelung der doppelten Staatsbürgerschaft werden ausgetauscht.

Mit den 70er-Jahren begann eine Neuorientierung der DDR-Außenpolitik, die vor allem in den Veränderungen der internationalen Politik, insbesondere im Verhältnis zwischen Ost und West, begründet lag. Als Markstein auf diesem Weg ist der zwischen der Bundesrepublik und der Sowjetunion am 12. August 1970 unterzeichnete „Moskauer Vertrag“ zu nennen. Der Abschluss dieses Vertrages war allerdings noch begleitet von eindeutigen Signalen der Sowjetunion, dass es zwischen der DDR und der Bundesrepublik zu „keinem Prozess der Annäherung“ kommen dürfe. Im gleichen Jahr nahm die DDR bereits diplomatische Beziehungen zu einer Reihe afrikanischer Länder auf, wie zur Volksrepublik Kongo, zur Demokratischen Republik Somalia und zur Demokratischen Volksrepublik Algerien. Die sich wandelnde Außenpolitik war auch der Grund für den erzwungenen Rücktritt Ulbrichts als Parteichef und die Machtübernahme Erich Honeckers auf der 16. Tagung des ZK der SED am 3. Mai 1971. Zuvor hatte Ulbricht sich allzu deutlich für einen eigenständigeren außenpolitischen Kurs eingesetzt und darüber hinaus für die DDR eine Vorreiterrolle innerhalb des sozialistischen Lagers auf wirtschaftlichem Gebiet gefordert. Noch vor seiner Amtsübernahme wurde Honecker dann auch vom sowjetischen Staats- und Parteichef Breschnew auf die außenpolitischen Begrenzungen der DDR verwiesen: „Erich, ich sage dir offen, vergesse das nie: die DDR kann ohne uns, ohne die SU, ihre Macht und Stärke, nicht existieren. Ohne uns gibt es keine DDR.“ Dieser Hinweis trug offenbar Früchte, denn der neue Parteichef verzichtete während dieser Zeit weitgehend auf eine eigenständig wahrnehmbare Außenpo-

litik. Auf dem VIII. Parteitag der SED im Juni 1971 – zu dieser Zeit unterhielt die DDR diplomatische Beziehungen zu 29 Ländern – präsentierte Honecker ein neues außenpolitisches Programm. Dieses „Friedenskonzept“, terminologisch angelehnt an das „Friedensprogramm“ des einige Monate zuvor veranstalteten XXIV. Parteitages der KPdSU, setzte sich für die baldige Einberufung einer europäischen Sicherheitskonferenz, die Aufnahme der DDR in die Organisation der Vereinten Nationen, „normale“ völkerrechtliche Beziehungen zur Bundesrepublik und die Normalisierung des Verhältnisses der DDR zu West-Berlin ein. In seiner Rede auf dem Parteitag sprach Honecker von „drei machtvollen revolutionären Strömen“, die „heute den Fortschritt der Menschheit“ vorantreiben würden. Diese seien „das sozialistische Weltsystem, die internationale Arbeiterbewegung und die nationale Befreiungsbewegung der Völker“.

Im Jahre 1971 wurden eine Reihe wichtiger Abkommen geschlossen, welche direkt und indirekt die künftige Linie der DDR in der Außenpolitik bestimmten. Dazu gehörte das am 3. September 1971 unterzeichnete, im Sprachgebrauch der DDR so genannte „Vierseitige Abkommen“ über Berlin, das von den vier (ehemaligen Sieger-) Mächten ausgehandelt wurde. Dieses Vertragswerk festigte die Stellung West-Berlins, das fortan als potenzieller Krisenherd bei politischen Zuspitzungen zwischen Ost und West ausgedient hatte. Gleichzeitig gab es unterschiedliche Auffassungen darüber, ob nun das gesamte Berlin oder lediglich der westliche Teil Gegenstand des (im Sprachgebrauch des Westens) „Vier-Mächte-Abkommens“ war. Letzteres

behauptete die DDR, weil nach ihrer Auffassung (Ost-) Berlin als „Hauptstadt der DDR“ gar nicht einbezogen werden konnte. In der Folgezeit unterzeichneten beide deutschen Staaten am 17. Dezember 1971 ein „Transitabkommen“ und am 26. Mai 1972 einen „Verkehrsvertrag“. Parallel zu der Unterzeichnung des wegweisenden „Grundlagenvertrages“ zwischen der DDR und der Bundesrepublik am 21. Dezember 1972 hieß es in einem gleichlautenden Briefwechsel: „Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland hat zur Kenntnis genommen, dass die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik in Übereinstimmung mit dem innerstaatlichen Recht der Deutschen Demokratischen Republik die notwendigen Schritte zur Erlangung der Mitgliedschaft in der Organisation der Vereinten Nationen einleitet. Beide Regierungen werden sich über den Zeitpunkt der Antragstellung informieren.“

1972 nahmen neben Staaten wie Bangladesh, Indien, Pakistan, Iran und Kuwait auch westliche Länder wie die Schweiz, Österreich, Schweden und Belgien diplomatische Beziehungen zur DDR auf. 1973 folgten 46 weitere Länder, darunter die Niederlande, Luxemburg, Dänemark, Großbritannien, Frankreich und Japan. Mit den USA begann die DDR am 4. September 1974 Beziehungen auf diplomatischer Ebene. Am 21. November 1972 wurde sie von der UNESCO (Unterorganisation der UNO für Erziehung, Wissenschaft und Kultur) als 131. Mitgliedsland aufgenommen und einen Tag später folgte ihre Akkreditierung als „Ständiger Beobachter“ am Sitz der Vereinten Nationen in Genf. Auf dieser Ebene wurde die DDR dann auch ab dem 4. Dezember 1972

am UN-Hauptquartier in New York tätig. In einem Brief an den Generalsekretär Kurt Waldheim übermittelte DDR-Außenminister Otto Winzer am 12. Juni 1973 den Antrag auf die Mitgliedschaft seines Staates in der UNO. Die DDR, so hieß es dort, werde „als Mitglied der Organisation der Vereinten Nationen für die Erfüllung ihrer Mission des Friedens und der Förderung des wirtschaftlichen und sozialen Fortschritts aller Völker rückhaltlos eintreten.“ Auf ihrer XXVIII. Vollversammlung am 18. September 1973 folgte dann die Aufnahme der Bundesrepublik und der DDR als 133. bzw. 134. Staat in die UNO. Dieser Schritt war nur konsequent, erfolgte er doch parallel zu der in dieser Zeit nicht mehr aufzuhaltenden weltweiten „Anerkennungswelle“ gegenüber der DDR. Erwartungsgemäß nahm Ost-Berlin als UNO-Mitglied keine wirklich eigenständige Rolle ein, sondern stimmte – mit wenigen Ausnahmen – bei den Abstimmungen und Resolutionen wie die Sowjetunion.

Ein großer außenpolitischer Erfolg war auch die Teilnahme der DDR an der Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE), deren Verhandlungen – vor allem auf Initiative der Sowjetunion – am 3. Juli 1973 in Helsinki begannen. Die KSZE-Schlussakte wurde am 1. August 1975 in der finnischen Hauptstadt durch die Staats- und Regierungschefs von 33 Ländern Europas sowie den USA unterzeichnet. Dabei unterschied man drei „Körbe“: Korb I beinhaltete u.a. die Prinzipien des Gewaltverzichts und der Unverletzlichkeit der Grenzen, Korb II die Zusammenarbeit in Wirtschaft, Wissenschaft und Technik und Korb III die Zusammenarbeit im humanitären Bereich, die Erleichterung



Bundesarchiv 183-M1002-336

Der Außerordentliche und Bevollmächtigte Botschafter der Demokratischen Republik Sudan in der DDR, Muawia Ibrahim (Mitte) , wurde am 1. Oktober 1973 im Amtssitz des Staatsrates vom Amtierenden Stellvertreter des Vorsitzenden des Staatsrates der DDR, Friedrich Ebert, zur Entgegennahme des Beglaubigungsschreibens empfangen. Unser Foto zeigt den Diplomaten beim Abschreiten einer Ehrenformation. (Zeitgenössische Bildlegende des Allgemeinen Deutschen Nachrichtendienstes der DDR,ADN)

von menschlichen Kontakten sowie Informationsaustausch. Die Konferenz nutzte Erich Honecker zu Gesprächen mit zahlreichen Länderchefs – darunter Bundeskanzler Helmut Schmidt, der amerikanische Präsident Gerald Ford und der finnische Staatspräsident Urho Kekkonen. Noch auf der Tagung vereinbarte er mit dem kanadischen Premierminister Pierre Trudeau die Aufnahme diplomatischer Beziehungen. Begleitet wurde der SED-Generalsekretär vom erst seit März

1975 amtierenden Außenminister Oskar Fischer und dem ZK-Sekretär für Internationale Angelegenheiten, Hermann Axen. Für die DDR war vor allem wichtig, sich im Zusammenhang mit der KSZE als souveräner und neben der Bundesrepublik gleichberechtigter deutscher Staat präsentieren zu können. Damit war sie auch fest eingebunden in den europäischen Prozess der „Entspannung“ zwischen Warschauer-Pakt- und NATO-Staaten. In die Defensive geriet der ost

deutsche Staat allerdings dadurch, dass er aufgrund der „besonderen“ politischen Verhältnisse nur schwerlich dem Korb III der Schlussakte Rechnung tragen konnte. Dazu Hermann Axen 1996 rückblickend: „Das ist mir damals so nicht bewusst gewesen. Wir sahen das so, wie es die sowjetischen Genossen darstellten: Der Westen benutzt die Menschenrechte, um von den wichtigen Problemen, von Frieden und Sicherheit, abzulenken. Der Frieden war ja in Gefahr.“ Die Bestimmungen von Korb II wurden von der DDR dagegen durchaus zum eigenen Vorteil genutzt. Drei KSZE-Folgekonferenzen in Belgrad (1977–78), Madrid (1980–83) und Wien (1986–89) „erlebte“ sie noch mit. Es ist davon auszugehen, dass die Bezugnahme auf Korb III durch Oppositionelle in der DDR auch zu einer nachhaltigen Schwächung des SED-Systems beigetragen hat.

Der „Vertrag über Freundschaft, Zusammenarbeit und gegenseitigen Beistand“ zwischen der DDR und der Sowjetunion vom 7. Oktober 1975 stand augenscheinlich im Zusammenhang mit den veränderten politischen Bedingungen nach Abschluss der KSZE-Konferenz. In dem Vertrag fehlt jeder gesamtdeutsche Bezug. Allerdings sagt der Text nichts über die Aufhebung vorangegangener Abkommen, so dass durchaus die Interpretation zulässig war, die Sowjetunion halte gesamtdeutsche Bezüge bewusst offen. Die „Konsultationsklausel“ in Artikel 9 konnte die DDR wiederum als völkerrechtliche Aufwertung und Anerkennung ihrer Interessen bewerten. Artikel 6 bezeichnet das Bündnis mit der Sowjetunion als „unwiderruflich“ und in Artikel 1 wurde die „ewige Freundschaft“ mit dieser beschworen. Der Vertrag diente

auch als Vorbild für neue Abkommen Ost-Berlins mit Ungarn, Polen, Bulgarien und der Tschechoslowakei über „Freundschaft, Zusammenarbeit und gegenseitigen Beistand“ im Jahre 1977. Trotz der Formalisierung des „freundschaftlichen“ Verhältnisses zwischen der DDR und der UdSSR gab es einen gewissen Argwohn der Sowjetunion gegenüber den von ihr registrierten eigenständigen Tendenzen des ostdeutschen Staates. So leitete die DDR aus der Stärkung ihrer internationalen Position während dieser Zeit eine relativ selbstständige Außenhandelspolitik ab. In deutschlandpolitischer Hinsicht warnte Breschnew Honecker sogar vor „ungeunden Stimmungen“, die durch ansteigende Besuche aus dem Westen entstehen könnten. Auf der anderen Seite registrierte die SED-Führung durchaus mit Misstrauen eine Annäherung zwischen der Sowjetunion und der Bundesrepublik, die sich auch aus dem allgemeinen Entspannungsprozess in Europa ergab. In ideologischer Hinsicht blieb die DDR fest an der Seite der Sowjetunion. Dies wurde auch auf einer am 29./30. Juni 1976 in Ost-Berlin ausgetragenen Konferenz von 29 kommunistischen Parteien deutlich, auf der sich die SED klar zum Sozialismus sowjetischen Ursprungs bekannte. Solch ein Bekenntnis erlangte gerade Mitte der 70er-Jahre mit dem Aufkommen des „Eurokommunismus“ eine große Bedeutung. In den westeuropäischen Staaten breitete sich während dieser Zeit eine marxistische Denkschule aus, die einen reformerischen Sozialismus/Kommunismus befürwortete und unter anderem die Führungsrolle der Sowjetunion ablehnte. Gleichwohl wünschte auch die KPdSU eine Zusammenarbeit mit diesen Parteien; der DDR kam hier phasenweise die Funktion eines Vermittlers zu.



(Bundesarchiv 183-T0315-106)

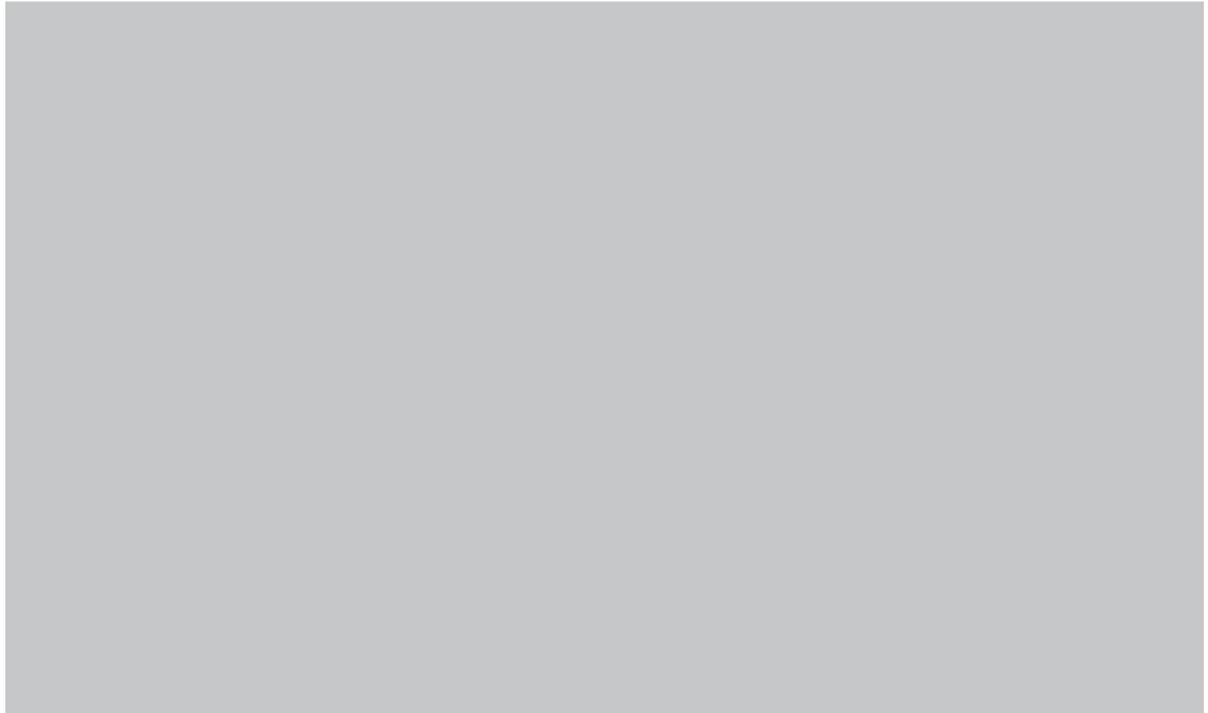
Bedeutende Verträge über den Import schwarzmetallurgischer Erzeugnisse aus der UdSSR wurden am 15. März 1978 vom Generaldirektor des VE Matallurgiehandel der DDR, Georg Süptitz (vorn, r.), und vom Präsidenten des sowjetischen Außenhandelsunternehmens Promsyrioimport, Gleb S. Afanasejew (vorn, l.) unterzeichnet. Einer der Abschlüsse sieht die Lieferung von 500 000 Tonnen Roheisen vor. (Zeitgenössische Bildlegende des Allgemeinen Deutschen Nachrichtendienstes der DDR, ADN)

In der zweiten Hälfte der 70er-Jahre verstärkte die DDR ihr Engagement gegenüber der „Dritten Welt“, vornehmlich in einigen Krisenzentren Afrikas und Asiens. Hier vermuteten die SED-Vertreter großes politisches und gesellschaftliches Potenzial bezüglich eines erfolgreichen Exports des „realsozialistischen“ Modells im Rahmen einer „koordinierten Außenpolitik“. Für Ost-Berlin standen aber durchaus auch Eigeninteressen im Vordergrund, die auf eine intensive wirtschaftliche Zusammenarbeit ausgerichtet waren. Diese Politik einer „antiimpe-

rialistischen Solidarität“ wurde seit 1977 gar durch eine beim Politbüro angesiedelte Kommission koordiniert. Unter anderem entsandte die DDR Berater für die Ausbildung von Sicherheits- und Polizeikräften nach Mosambik und Angola; 1978 bot man sich am Horn von Afrika als vermittelnde Instanz im Zusammenhang mit den Grenzkonflikten zwischen Somalia, Äthiopien und Eritrea an. Die Besuche des DDR-Verteidigungsministers Hoffmann 1978 und 1979 unter anderem in Guinea, Angola, Nigeria, Tunesien und Sambia verdeutlichten

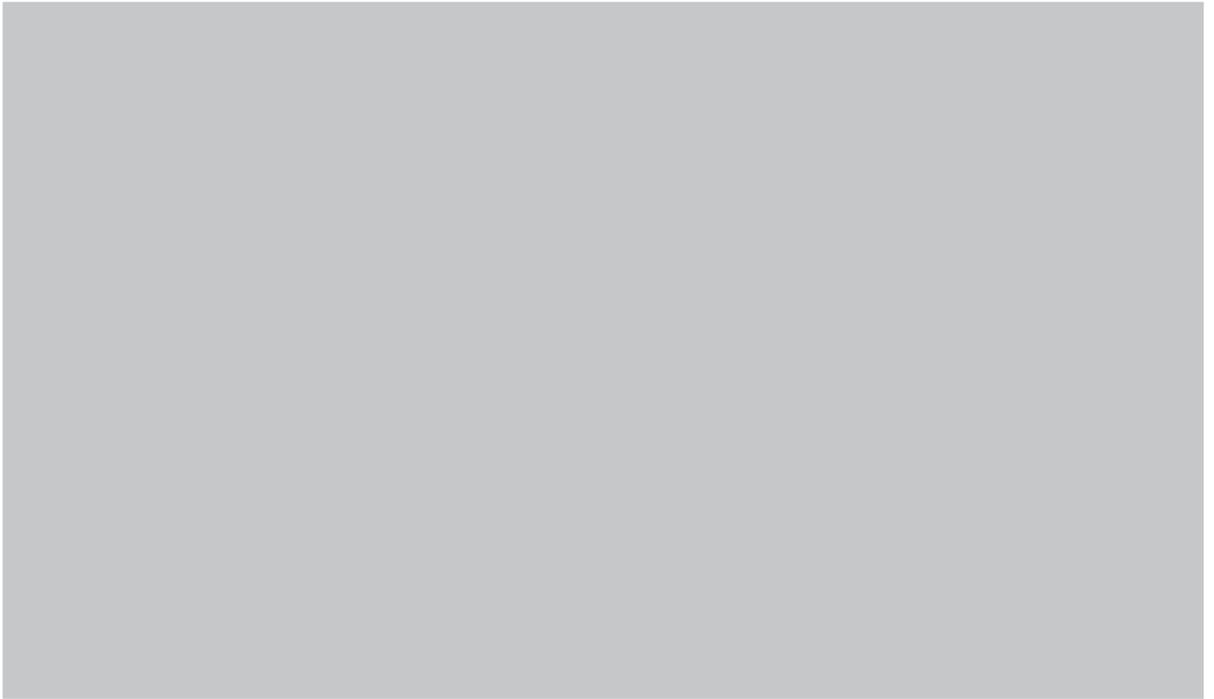
zudem die militärische Komponente der DDR-„Entwicklungshilfe“. Im Januar 1979 besuchte Honecker Indien, das von der DDR wegen seiner führenden Rolle in der „Bewegung der Blockfreien“ zuvor schon kontinuierlich umworben wurde. Verträge über „Freundschaft und Zusammenarbeit“ wurden im Mai und Dezember 1977 mit der Mongolischen Volksrepublik und Vietnam geschlossen, wobei beide jeweils keine militärischen Beistandsverpflichtungen enthielten. Ihre internationale Präsenz hob die DDR durch den Besuch des Politbüro-Mitglieds Günter Mittag in Japan im November und

Erich Honeckers im Dezember 1977 auf den Philippinen hervor. In beiden Ländern wurden Regierungsvereinbarungen über die Intensivierung der wirtschaftlich-technischen Zusammenarbeit und des Warenaustausches vereinbart. Politische Gespräche führte Honecker auch mit dem kommunistischen nordkoreanischen Parteichef Kim Il Sung, wobei die Unterzeichnung eines politischen Paktes in diesem Fall unterblieb. Die von Nord-Korea angestrebte Wiedervereinigung des Landes erschwerte die Beziehungen zur DDR, weil diese dann wohl auch Position zur „deutschen Frage“ hätte beziehen müssen.



(Bundesarchiv 183-S0131-018)

31. Januar 1977: Zu Ehren des Besuchs von Erich Honecker, Generalsekretär des ZK der SED und Vorsitzender des Staatsrates der DDR (1. Reihe 2.v.r.), und Luis Corvalan, Generalsekretär der KP Chiles (1.R.3.v.r.), im VEB Bergmann-Brosig war eine Kampfgruppenhundredschaft der Arbeiterklasse des Betriebes angetreten. Weiter in der 1. Reihe: die Mitglieder des Politbüros des ZK der SED Hermann Axen, Sekretär des ZK der SED (r.), und Konrad Naumann, 1. Sekretär der SED-Bezirksleitung Berlin (4.v.r.). (Zeitgenössische Bildlegende des Allgemeinen Deutschen Nachrichtendienstes der DDR,ADN)



(Bundesarchiv 183-U0217-011)

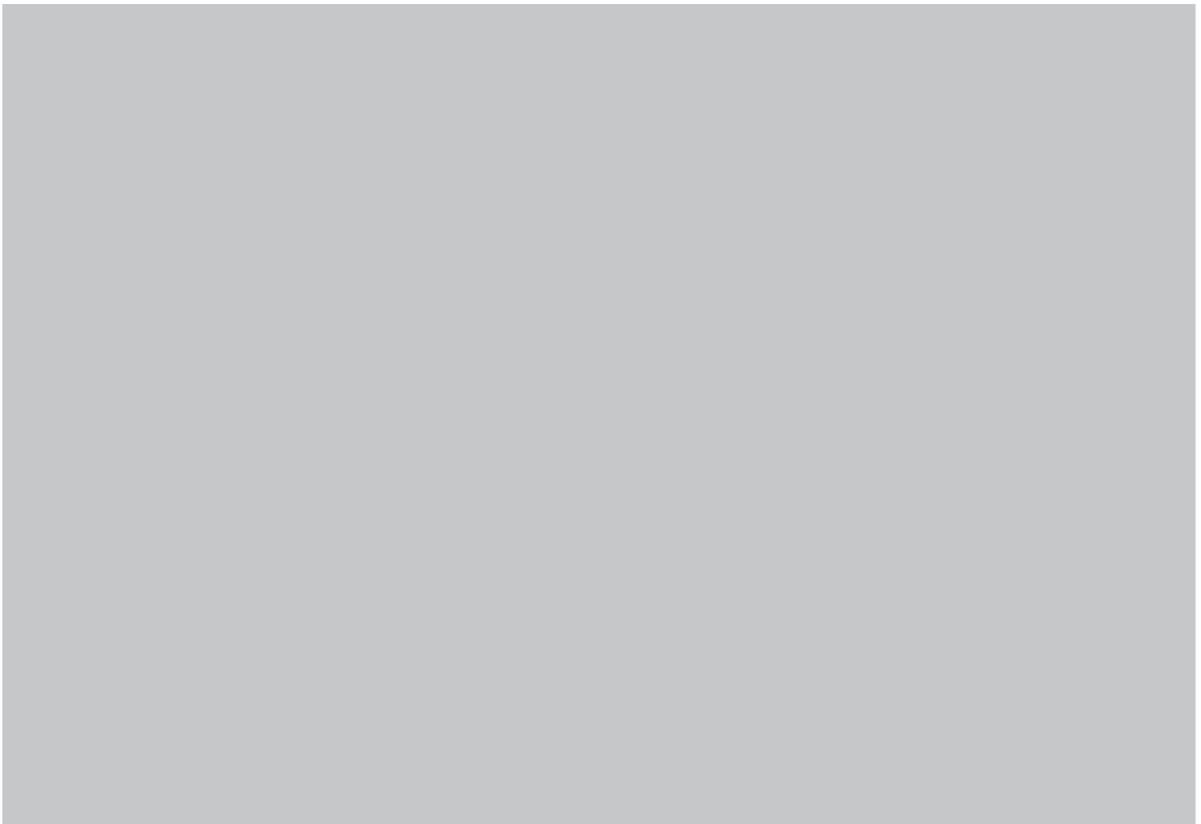
Erich Honecker 1979 in Angola



(Bundesarchiv 183-T0315-106)

und in Mocambique

Die Achtzigerjahre: verschärfte Krise



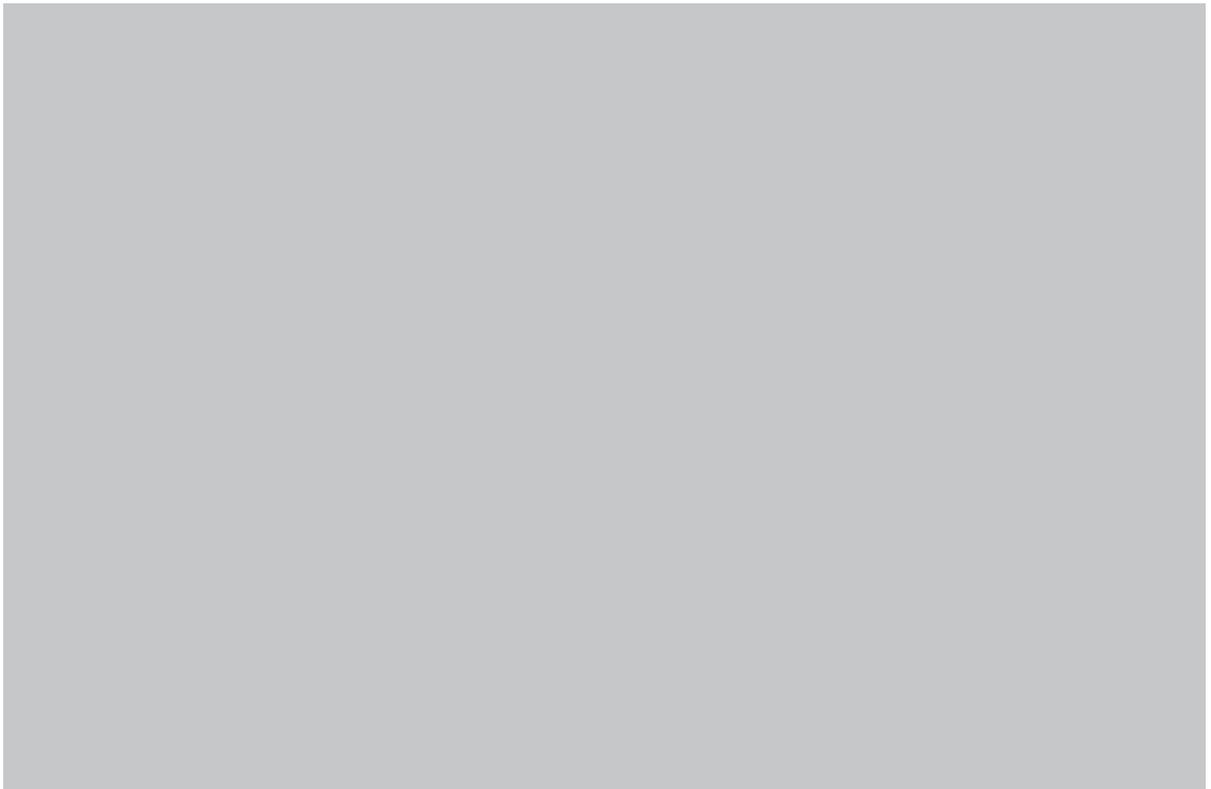
(Bundesarchiv 0183-1982-0520-028)

20.5.1982: Babrak Karmal, Generalsekretär des ZK der Demokratischen Volkspartei und Vorsitzender des Revolutionsrates der DR Afghanistan(Mitte), wurde von den Werktätigen des IFA-Automobilwerkes Ludwigfelde herzlich begrüßt. Er wurde begleitet von Günther Jahn, Mitglied des ZK der SED und 1. Sekretär der Bezirksleitung Potsdam (links neben Karmal), und Hermann Axen, Mitglied des Politbüros und Sekretär des ZK der SED (links neben Jahn). (Zeitgenössische Bildlegende des Allgemeinen Deutschen Nachrichtendienstes der DDR,ADN)

Die frühen 80er-Jahre waren durch starke Spannungen zwischen Ost und West, einer „neuen Eiszeit“, geprägt. Anlass dazu hatte vor allem der sowjetische Einmarsch in Afghanistan im Dezember 1979 geboten. Parallel dazu hatte die NATO in Brüssel einen Beschluss gefasst, der die Stationierung von Mittelstreckenwaffen in Westeuropa vorsah, wenn die Sowjetunion nicht ihrerseits gegen den Westen gerichtete Atomwaffen abrüsten würde. Die DDR agitierte mit hohem propagandistischen Aufwand gegen diesen „NATO-Doppelbeschluss“. Sie unterstützte dabei selbstverständlich die außenpolitische Linie der Sowjetunion, die stets von ihren eigenen massiven Rüstungsanstrengungen und

-plänen abzulenken suchte. Dem sowjetischen Botschafter in Ost-Berlin versicherte Außenminister Fischer am 9. Februar 1982, dass die DDR „in allen internationalen Verhandlungen auch en détail keinen anderen Standpunkt“ beziehe.

Parallel zu diesen Entwicklungen formierte sich in Polen eine Oppositionsbewegung in Gestalt der unabhängigen Gewerkschaftsbewegung „Solidarnosc“. Die SED-Führung charakterisierte diese Streikbewegung ideologisch dogmatisch als Zeichen eines „konterrevolutionären Kampfes“, von dem zu befürchten war, dass er auf die DDR ausstrahlen könnte. Es wurde von der SED sogar versucht, die sowjetische Vormacht und die pol-



(Bundesarchiv 183-1983-1021-031)

Demonstration gegen die Stationierung amerikanischer Mittelstreckenraketen in Europa am 21. Oktober 1983 in Halle

nische kommunistische Führung von der Notwendigkeit eines militärischen Eingreifens zu überzeugen. In einem Brief vom 26. November 1980 an KPdSU-Chef Breschnew sprach sich Honecker für eine Zusammenkunft der Warschauer-Pakt-Staaten aus. Noch am 2. Dezember ermächtigte ihn das Politbüro, einer Militärintervention in Polen unter den gegebenen Umständen zuzustimmen. Die Warschauer-Pakt-Staaten beschlossen jedoch am 5. Dezember 1980 einen Verzicht auf diese Aktion. In dieser Zeit vermisste die DDR bei der Sowjetunion eine hinreichende Disziplinierung ihrer Satelliten. Sie befürwortete ein konsequentes Durchgreifen der polnischen Regierung, nachdem diese unter General Jaruzelski am 13. Dezember 1981 das Kriegsrecht ausgerufen hatte.

Die drastische Verschlechterung des Verhältnisses zwischen der UdSSR und den USA nach der Entscheidung des Westens im Herbst 1983, amerikanische Pershing-II-Mittelstreckenraketen als Gegengewicht zu den sowjetischen SS-20 in Westeuropa zu stationieren, nutzte die DDR nicht zu einer Verschärfung ihrer Außenpolitik. Ganz im Gegenteil, versuchte sich die SED-Führung als europäische Friedensmacht in der Mitte Europas zu profilieren und ging in ihren Erklärungen sogar auf vorsichtige Distanz zu sowjetischen Plänen, auch wieder „nachrüsten“ zu wollen. In deutschlandpolitischer Hinsicht warb die DDR um eine „deutsch-deutsche“ Verantwortungsgemeinschaft und eine „Koalition der Vernunft“ angesichts der schwierigen internationalen Lage. Die Formel, dass von „deutschem Boden nie wieder Krieg ausgehen“ dürfe, wurde von Politikern beider deutscher Staaten verwendet.

Dies ließ trotz aller fortdauernden Abgrenzungsbemühungen seitens der DDR erstmals auch wieder gesamtdeutsche Bezüge erkennen. Auf der 7. Zentralkomitee-Tagung der SED im November 1983 bekundete Honecker seine Absicht, den durch den Stationierungsbeschluss entstandenen „Schaden möglichst zu begrenzen“. Er gab zu Protokoll, dass die Stationierung sowjetischer Raketen auf dem Boden der DDR dort „keinen Jubel auslösen“ werde. Das Verhältnis zur UdSSR gestaltete sich in dieser Zeit auch deshalb schwierig, weil nach dem Tod Leonid Breschnews im November 1982 eine stagnierende Übergangszeit unter den KPdSU-Generalsekretären Andropow (gestorben im Februar 1984) und Tschernenko (gestorben im März 1985) begann. In dieser Phase verfolgte die sowjetische Führung die Annäherung zwischen der DDR und der Bundesrepublik mit Argwohn. So musste aufgrund des Einspruchs der sowjetischen Führung ein damals schon geplanter Besuch Honeckers in Bonn im Jahre 1984 abgesagt werden. Die von der SED-Führung in den 80er-Jahren initiierte Verbesserung des Verhältnisses zu China verursachte dagegen keine Konflikte mit der sowjetischen Vormacht. Beständig plädierte die DDR dafür, einer weiteren Abwendung Chinas aus ideologischen Gründen entgegenzuwirken. Besonders die erste Hälfte der 80er-Jahre war noch geprägt von zahlreichen Begegnungen, Konsultationen und zusätzlichen Kooperationsvereinbarungen der DDR mit ihren „Bruderländern“ innerhalb des Warschauer Paktes. Die Außenpolitik Ost-Berlins konzentrierte sich vor allem auf die Tschechoslowakei und Ungarn. Mit beiden Staaten stand der ökonomische Austausch im Vordergrund.



(Bundesarchiv 183-U1113-035)

Rahmenprogramm anlässlich des Besuches Erich Honeckers in Äthiopien am 22. Februar 1980

Mit dem Amtsantritt Michail Gorbatschows im März 1985 deutete sich für das gesamte östliche Bündnissystem eine neue Außenpolitik an, die aber in ihrer Dimension auch von der DDR zum damaligen Zeitpunkt noch nicht erkannt wurde. So verkündete der neue KPdSU-Generalsekretär auf dem XXVII. Parteitag im Februar 1986 eine Neubewertung der Außenpolitik unter Verzicht auf die bis dahin geltenden marxistisch-leninistischen Strukturelemente. Das bedeute auch, dass es in der Politik der „Bruderländer“ durchaus „Nuancen“ geben könne. War die DDR von der bis dahin geltenden Formel „Von der Sowjetunion lernen, heißt siegen lernen“

ausgegangen, so forderte die UdSSR nun Solidarität für ihre Politik des „Neuen Denkens“ ein. In der konkreten Außenpolitik befand sich die DDR in den ersten Jahren nach Gorbatschows Amtsantritt noch im Gleichklang mit der Sowjetunion, forcierte diese doch ernsthafte Abrüstungsverhandlungen unter Einbeziehung der USA und trug damit in der zweiten Hälfte der 80er-Jahre zu einem internationalen „Tauwetter“ bei. Die SED-Führung konnte aber schon ahnen, dass sich die von Gorbatschow gewährte größere außenpolitische „Bewegungsfreiheit“ für die DDR in der Perspektive nicht gerade stabilisierend auswirken würde.

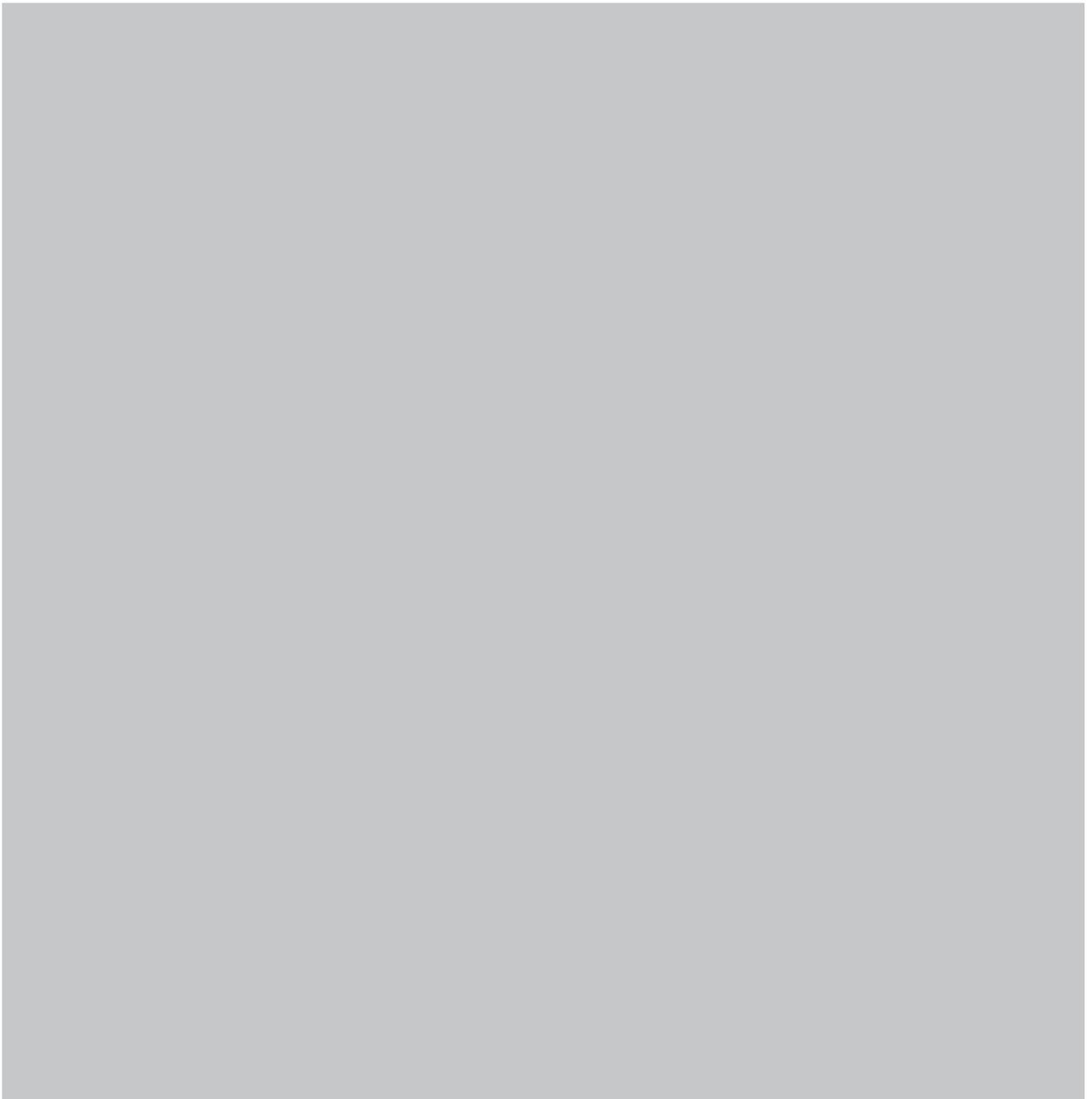


(Bundesarchiv 183-1982-1017-019)

17. Oktober 1982: Der Emir von Kuwait, Scheich Jaber Al Ahmed Al Jaber Al Sabah (r.), Erich Honecker und der Vorsitzende des Exekutivkomitees der Palästinensischen Befreiungsorganisation (PLO), Yasser Arafat (l.), bei einer Begegnung vor dem Essen, das die kuwaitische Staatsoberhaupt zu Ehren von Erich Honecker, Generalsekretär des ZK der SED und Vorsitzende des Staatsrates der DDR, am Abend des zweiten Tages des Staatsbesuches gab. (Zeitgenössische Bildlegende des Allgemeinen Deutschen Nachrichtendienstes der DDR, ADN)

Mit der zunehmenden ideologischen Lockerung war auch die Erkenntnis in der DDR verbunden, dass die vor allem unter dem Blickwinkel der „Systemauseinandersetzung“ betriebene Außenpolitik gegenüber den (afrikanischen) Staaten der „Dritten Welt“ in eine Sackgasse geraten war. Immerhin waren sich Moskau und Ost-Berlin darüber einig, dass neben den bestehenden – als strategisch noch notwendig erachteten – Verbindungen „keine neuen zusätzlichen Verpflichtungen“ in einschlägigen Regionen über-

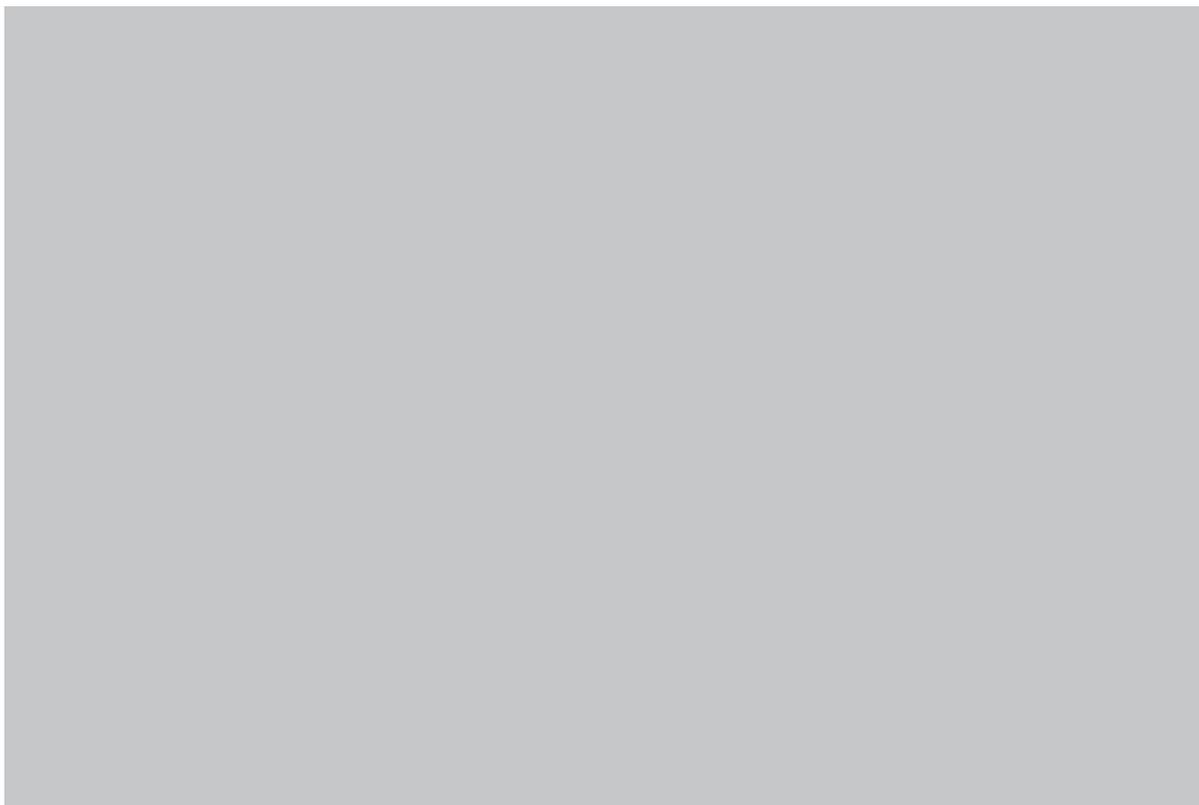
nommen werden sollten. Die wirtschaftliche Notlage zog weiteren Plänen enge Grenzen. Die DDR näherte sich während dieser Zeit eher Schwellenländern wie Thailand, Südkorea und Indonesien an. Dabei hoffte die Regierung auf lukrative Wirtschaftsbeziehungen. Auf der Ebene der Partei galt noch bis zum Ende des ostdeutschen Staates einigermmaßen dogmatisch die Devise von der Notwendigkeit des „antiimperialistischen Kampfes“. Eine realistische Analyse des MfAA kam zum Jahreswechsel 1988/1989



(Bundesarchiv 183-1986-0303-035)

3. März 1986: Nikolai Ryshkow, Vorsitzender des Ministerrates der UdSSR, erstattet auf dem KPdSU-Parteitag Bericht über die Hauptrichtungen der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung der UdSSR für die Jahre 1986-1990 und für den Zeitraum bis zum Jahr 2000.

*1. Reihe v.r.n.l.: Andrej Gromyko, Michail Gorbatschow, Jeger Ligatschow. In der 2. Reihe v.l.n.r.: Gustav Husak, Erich Honecker, Wojciech Jaruzelski, Fidel Castro, Boris Ponomarjow.
(Zeitgenössische Bildlegende des Allgemeinen Deutschen Nachrichtendienstes der DDR, AdN)*



(Bundesarchiv 183-1984-0214-029)

14.2.1984 Erich Honecker trifft in Moskau Daniel Ortega als Mitglied der Sandinistischen Regierung Nicaraguas

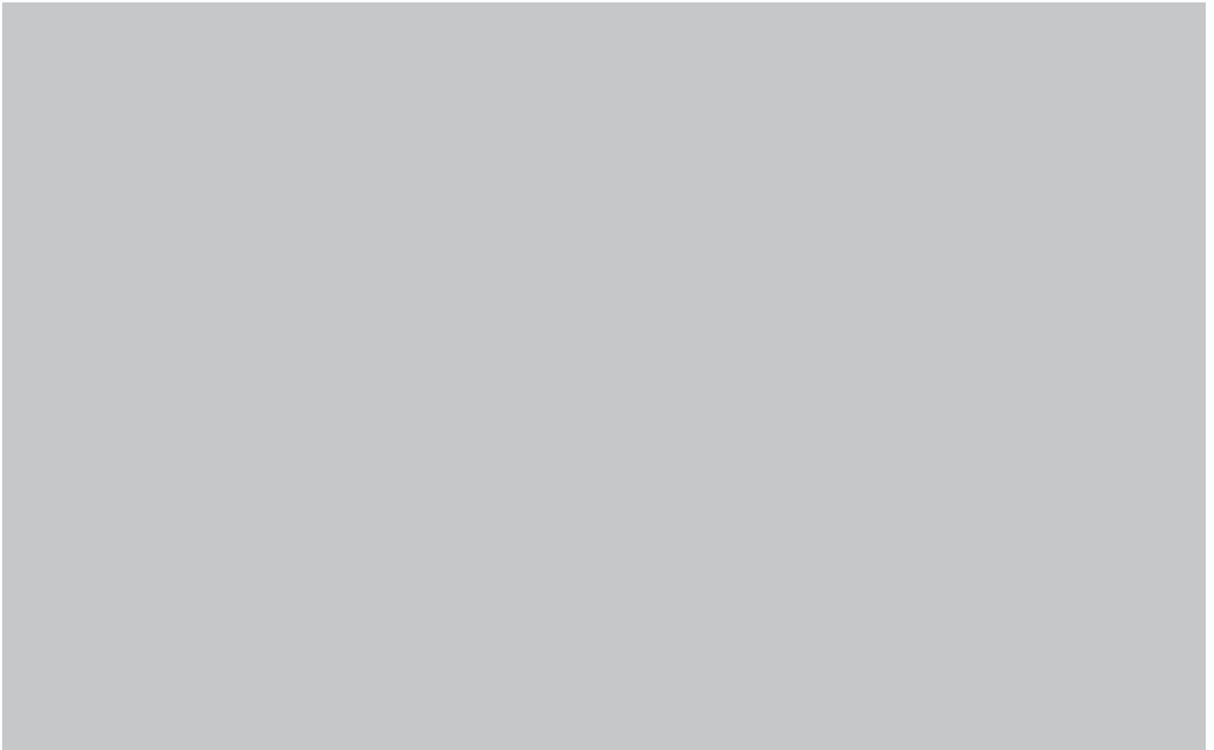
zu dem Ergebnis, dass in Afrika weder objektiv noch subjektiv „Voraussetzungen für die Schaffung der Grundlagen des Sozialismus“ gegeben seien.

Das ideologisch unauflösbare Spannungsverhältnis zwischen dem Prinzip der friedlichen Koexistenz und dem proletarischen Internationalismus wurde auch in den 80er-Jahren von zahlreichen Regierungen Westeuropas als außenpolitische Zweigleisigkeit betrachtet und entsprechend mit Misstrauen verfolgt. So besuchten zwar die Außenminister Frankreichs (1980 und 1984), Italiens, Norwegens und Dänemarks (jeweils 1983) sowie Großbritanniens

(1985) die DDR, und mit dem französischen Premierminister Fabius kam im Juni 1985 erstmals ein westalliiertes Regierungschef offiziell nach Ost-Berlin. Erich Honecker stattete wiederum Italien (1985), Frankreich und Spanien (jeweils 1988) Besuche ab. Doch registrierte man dort, dass die SED trotz aller „normalisierten Beziehungen“ parallel auch die revolutionären kommunistischen Parteien in diesen Ländern ideell und materiell unterstützte. Während seines Besuchs in Italien im April 1985 wurde Honecker auch von Papst Johannes Paul II. empfangen. Dabei hatte der SED-Chef durchaus einen – international beachteten – Gegenbesuch des Papstes in der „Haupt-

stadt der DDR“ im Blick. Anfang 1988 nahmen die DDR und der Vatikan einvernehmlich einen Besuchstermin für 1991 in Aussicht. Das Verhältnis zu den USA blieb lange Zeit durch die Weigerung der DDR belastet, in den Vereinigten Staaten lebenden jüdischen Opfern des nationalsozialistischen Regimes individuelle Wiedergutmachungszahlungen zu leisten sowie für die Enteignung amerikanischen Eigentums mittels Entschädigungen aufzukommen. 1988 machte die SED-Führung nach jahrelanger einseitiger Unterstützung der PLO den Versuch, mit Israel ins Gespräch zu kommen – wobei hier wohl (vor allem) die Überlegung eine Rolle spielte, durch den Einfluss jüdischer Organisationen einen Besuch Honeckers in Washington zu er-

möglichen. Als Vorbereitung eines möglichen Staatsbesuchs in den USA wurde auch die Visite des ZK-Sekretärs Axen im Mai 1988 in Washington und New York gewertet. Der amerikanische Außenminister Whitehead besuchte wiederum 1987 und 1988 die DDR. Im Oktober 1988 empfing Honecker den Präsidenten des World Jewish Congress, Edgar Miles Bronfman, dessen Organisation die Begegnung später als „historisches Treffen“ bezeichnete. Anfang 1989 besuchte der DDR-Staatssekretär für Kirchenfragen, Kurt Löffler, Israel, wo er vom Religionsminister und dem Generalsekretär des Jüdischen Weltkongresses, Israel Singer, empfangen wurde. Ein Gegenbesuch des israelischen Religionsministers in der DDR kam aber nicht mehr zustande.



(Bundesarchiv 183-1988-0107-042)

7. Januar 1988 Erich Honecker und Francois Mitterrand in Paris

In diese für die DDR schon mit großen Unsicherheiten behaftete Zeit fiel der „offizielle Arbeitsbesuch“ Erich Honeckers vom 7. bis 9. September 1987 in der Bundesrepublik. Dieser konnte von Ost-Berlin als großer Schritt zur endgültigen völkerrechtlichen Gleichberechtigung gewertet werden. Das Besuchsprotokoll entsprach den offiziellen Arbeitsbesuchen anderer Staatsoberhäupter in Bonn. Neben dem Austausch unterschiedlicher Standpunkte zur „deutschen Frage“ wurden drei Abkommen unterzeichnet und Erleichterungen im innerdeutschen Reise-, Besucher- sowie im Post- und Fernmeldeverkehr bekannt gegeben. Letzteres führte – wegen der Befürchtung vor ungewollten Einflüssen – in den letzten zwei Jahren der DDR zu erheblichen Besorgnissen innerhalb der SED-Führung. In der Folgezeit bekannte sich die DDR nur noch formal dazu, mit der Außen- und Sicherheitspolitik der Sowjetunion übereinzustimmen. Zwar betonten SED-Politiker nun auch die politische Eigenständigkeit „ihres“ Landes, aber ganz im Gegensatz zu dem von Gorbatschow mit „Glasnost“ und „Perestrojka“ gemeinten Sinne. Die stärkste Distanzierung von der UdSSR erfolgte am 29. Dezember 1988 mit Honeckers Ausspruch vom „Sozialismus in den Farben der DDR“. Als höchst problematisch erwies sich für Ost-Berlin zudem, dass die politischen Führungen in Ungarn und Polen bereits politische Veränderungen, also eine Abkehr vom „Realsozialismus“, eingeleitet hatten. Es war daher schon ein Zeichen von Hilflosigkeit, als Honecker am 9. Juni 1989 gegenüber dem sowjetischen Außenminister Schewardnadse erklärte, Polen dürfe für den Sozialismus nicht verloren gehen. Die DDR hatte spätestens zu diesem Zeitpunkt keine überzeugen-

de außenpolitische Strategie mehr. Es wurde immer deutlicher, dass sie als eigenständiger Staat nicht überleben würde, gäbe sie den reformerischen Bestrebungen von außen (und zunehmend auch von innen) nach. Zur nachhaltigen Schädigung ihres außenpolitischen Ansehens trug noch bei, dass die SED-Führung im Juni 1989 die blutige Beendigung der Demokratiebewegung auf dem „Platz des himmlischen Friedens“ in Peking durch das chinesische Regime als „Niederschlagung einer Konterrevolution“ charakterisierte. Der letzte SED-Generalsekretär Egon Krenz äußerte in diesem Zusammenhang, es sei „etwas getan worden, um die Ordnung wieder herzustellen“. Auf einer Tagung der Warschauer-Pakt-Staaten im Juli 1989 in Bukarest vermochte die Delegation der DDR schon nicht mal mehr eine eigene Stellungnahme abzugeben, wenngleich Rumänien und die Tschechoslowakei ebenfalls noch der alten orthodoxen Politik anhängen.

Die Entscheidung Ungarns im Mai 1989, seine Grenzsperrn zu Österreich abzubauen, bedeutete den Anfang vom Ende der DDR. Es kam zu einer massenhaften Besetzung der bundesdeutschen Botschaft durch ausreisewillige DDR-Bürger in Budapest. In der Folge warf DDR-Außenminister Fischer seinem ungarischen Kollegen „Verrat“ und „Erpressung“ vor. Zu einer Massenflucht wie zu Zeiten vor dem Mauerbau kam es, als die ungarische Regierung am 10./11. September ohne Abstimmung mit der DDR allen Fluchtwilligen die Ausreise in den Westen gestattete. Bis Ende September gelangten so 25.000 Deutsche aus der DDR in die Bundesrepublik. Ost-Berlin bezichtigte Budapest einer „direkten Einmischung in

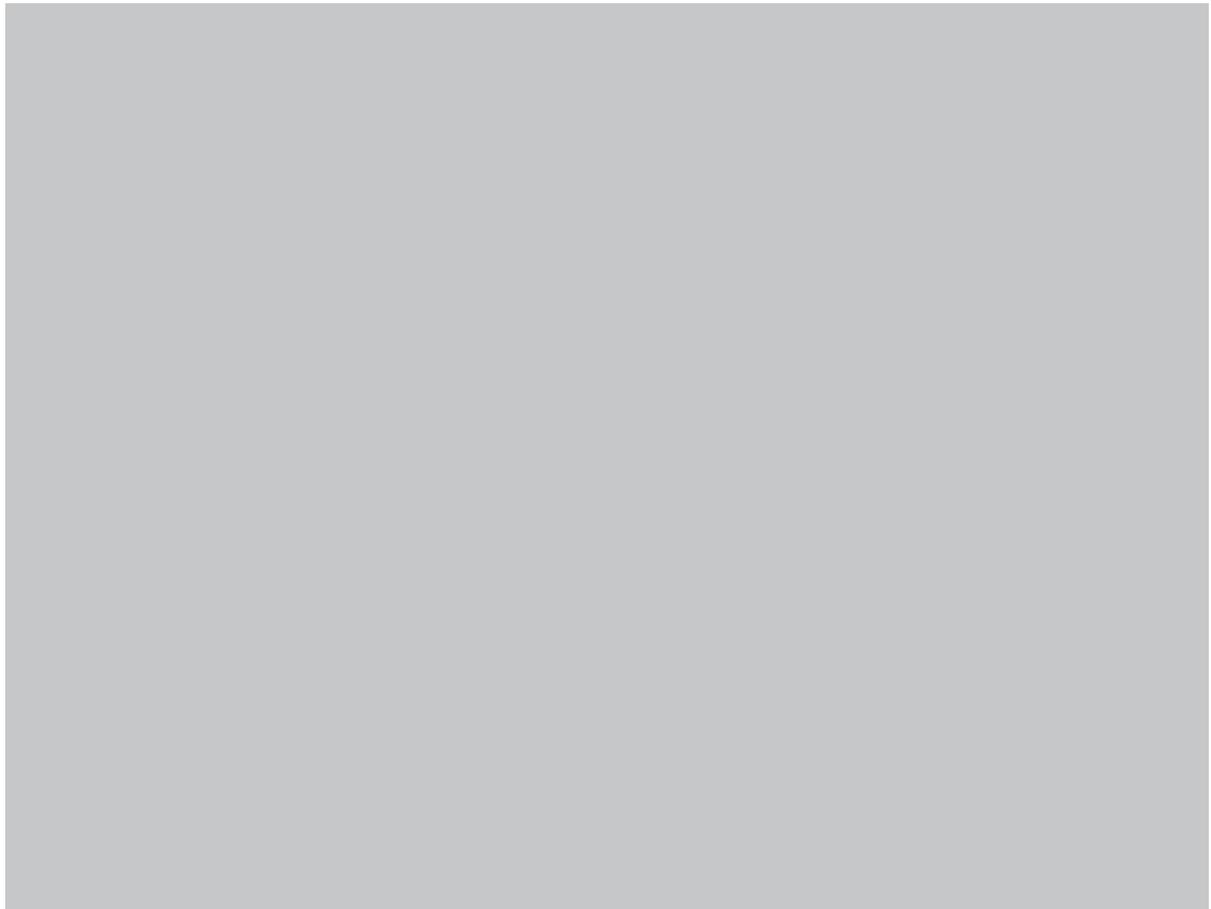


(Bundesregierung, L. Schaack)

Vom 7. bis 11. September 1987 besuchte Erich Honecker die Bundesrepublik Deutschland. Der Staatsratsvorsitzende im Gespräch mit Bundespräsident von Weizsäcker.

die inneren Angelegenheiten“ der DDR und der „Verletzung völkerrechtlicher Verträge“. Zum 40. Jahrestag des ostdeutschen Staates am 7. Oktober 1989 versammelten sich die kommunistischen Parteiführer der Warschauer-Pakt-Staaten noch einmal in Ost-Berlin. Zu diesem Anlass ermahnte der sowjetische Staats- und Parteichef Gorbatschow die SED deutlich, nun auch in der DDR mit Reformen zu beginnen. Nur kurze Zeit später, am 18. Oktober, wurde Honecker „aus gesundheitlichen Gründen“ von seinen Funktionen entbunden und durch Egon

Krenz ersetzt. Dieser hatte zuvor mit dem Berliner SED-Chef Günter Schabowski eine Erklärung verfasst, die eine „DDR mit menschlichem Antlitz“ versprach. Am 31. Oktober reiste Krenz zu einem Arbeitsbesuch nach Moskau, wo er auch mit Gorbatschow zusammentraf. Er bekannte sich zwar nun auch zur „Politik des neuen Denkens und der Perestrojka“, formulierte aber später den Eindruck, zwischen der DDR und der Sowjetunion sei „kein Schulterschluss“ in den Grundfragen der sozialistischen Entwicklung mehr vorhanden gewesen.



(Bundesregierung, Gehnartz)

1989: Bewohner aus Ost- und Westberlin stehen auf der Mauerkrone am Brandenburger Tor

Die Öffnung der Mauer am 9. November 1989 besiegelte das Ende der DDR. Der am 13. November zum Regierungschef gewählte Ministerpräsident Hans Modrow versuchte – viel zu spät – einen Reformkurs nach dem Vorbild Gorbatschows durchzusetzen, um zunächst die Eigenstaatlichkeit der DDR noch zu retten. Die deutsch-deutsche Zukunft sah er in einer „kooperativen Koexistenz“; beide deutschen Staaten sollten in einer „Vertragsgemeinschaft“ innerhalb eines „gemeinsamen europäischen Hauses“ gleichberechtigt weiterbestehen. Diesem Kurs stimmte Gorbatschow auf einem

Treffen der Warschauer-Pakt-Staaten im November zunächst noch zu. Auch die Sowjetunion befand zu diesem Zeitpunkt, dass ein Erhalt der DDR notwendig und die „Vertragsgemeinschaft“ nur akzeptabel sei, wenn diese nicht zur deutschen Einheit führe. In einem Telefonat des neugewählten SED-Vorsitzenden Gregor Gysi mit Gorbatschow am 12. Dezember (zu diesem Zeitpunkt war die „führende Rolle“ der Partei bereits aus der DDR-Verfassung gestrichen worden) kündigte Gysi an, „mit allen ihm zur Verfügung stehenden Mitteln zum Erhalt und zur Festigung der SED sowie zur

Sicherung der Souveränität der DDR“ beitragen zu wollen. Gorbatschow setzte sich dafür ein, die Grenzen zwischen beiden deutschen Staaten „unangestastet“ zu lassen. Doch das von Bundeskanzler Helmut Kohl am 28. November im Deutschen Bundestag präsentierte 10-Punkte-Programm, welches als Ziel die deutsche Einheit formulierte, durchkreuzte die Forderung der neu-alten SED-Führung zur Rettung „ihres“ Staates. Der Besuch von Francois Mitterrand als

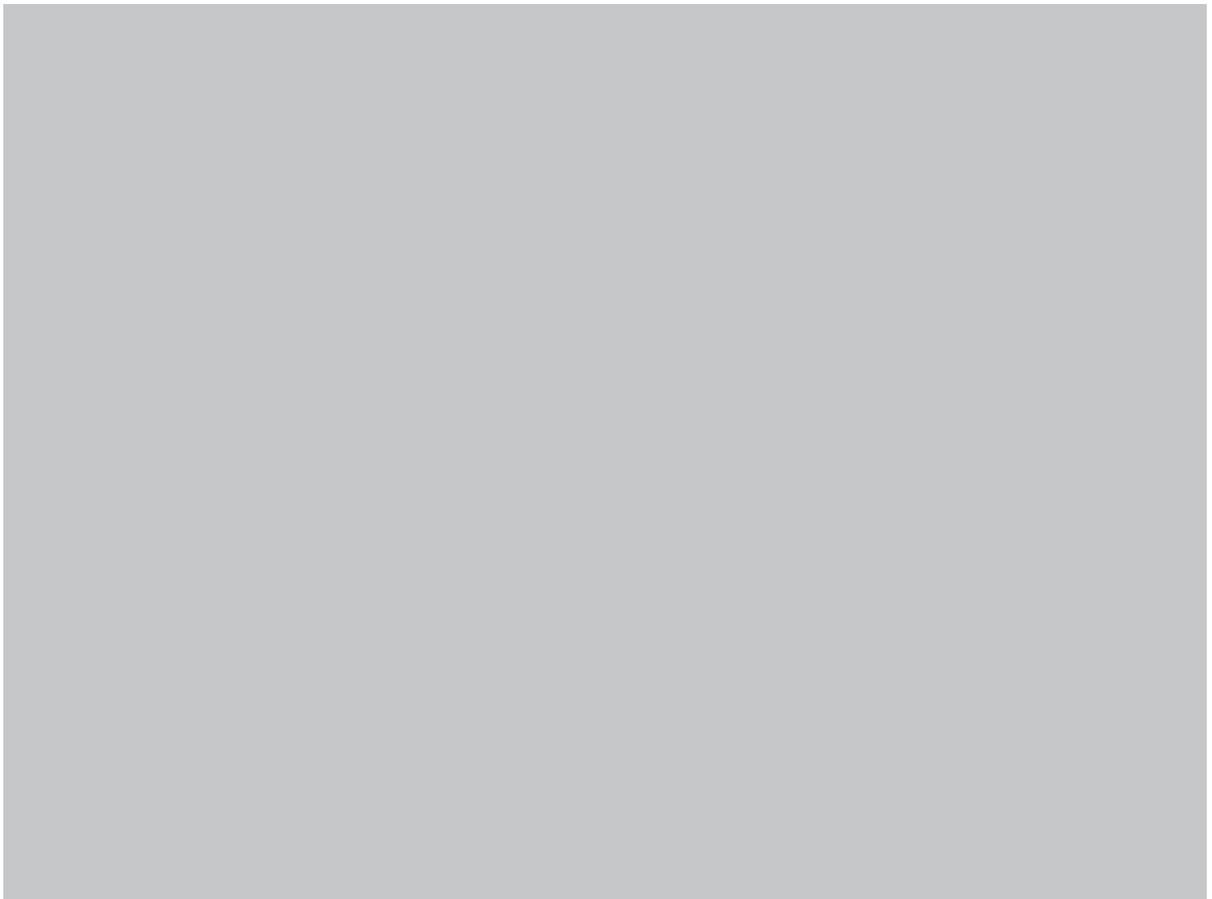
erstem Staatschef der drei Westmächte vom 20. bis 22. Dezember 1989 in der DDR zeigte auch die Vorbehalte des Westens gegenüber einer allzu schnellen „deutschen Dynamik“. Mitterrand verkündete in Leipzig, dass heute „zwei souveräne Staaten“ existierten, die man „nicht mit einem Strich aus der europäischen Realität“ tilgen könne. Und: Die „Bewegung, die aus Deutschland“ komme, müsse „eingebettet sein in das Vertrauen der anderen“.



(O dpa-Report)

Der sowjetische Staats- und Parteichef Michail Gorbatschow (r) empfängt am 1. November 1989 den neuen SED-Parteivorsitzenden und DDR-Staatsratsvorsitzenden Egon Krenz in Moskau.

1990: Auf dem Weg in die deutsche Einheit



(Bundesregierung, E. Reinecke)

Abschließende Pressekonferenz in Moskau am 12. September 1990 zu den 2+4 Gesprächen nach der dritten und letzten Runde. VL.: Die Außenminister Roland Dumas (Frankreich), DDR-Ministerpräsident Lothar de Maiziere, Hans-Dietrich Genscher (BRD), Douglas Hurd (Großbritannien), James Baker (USA) und Eduard Schewardnadse (UdSSR).

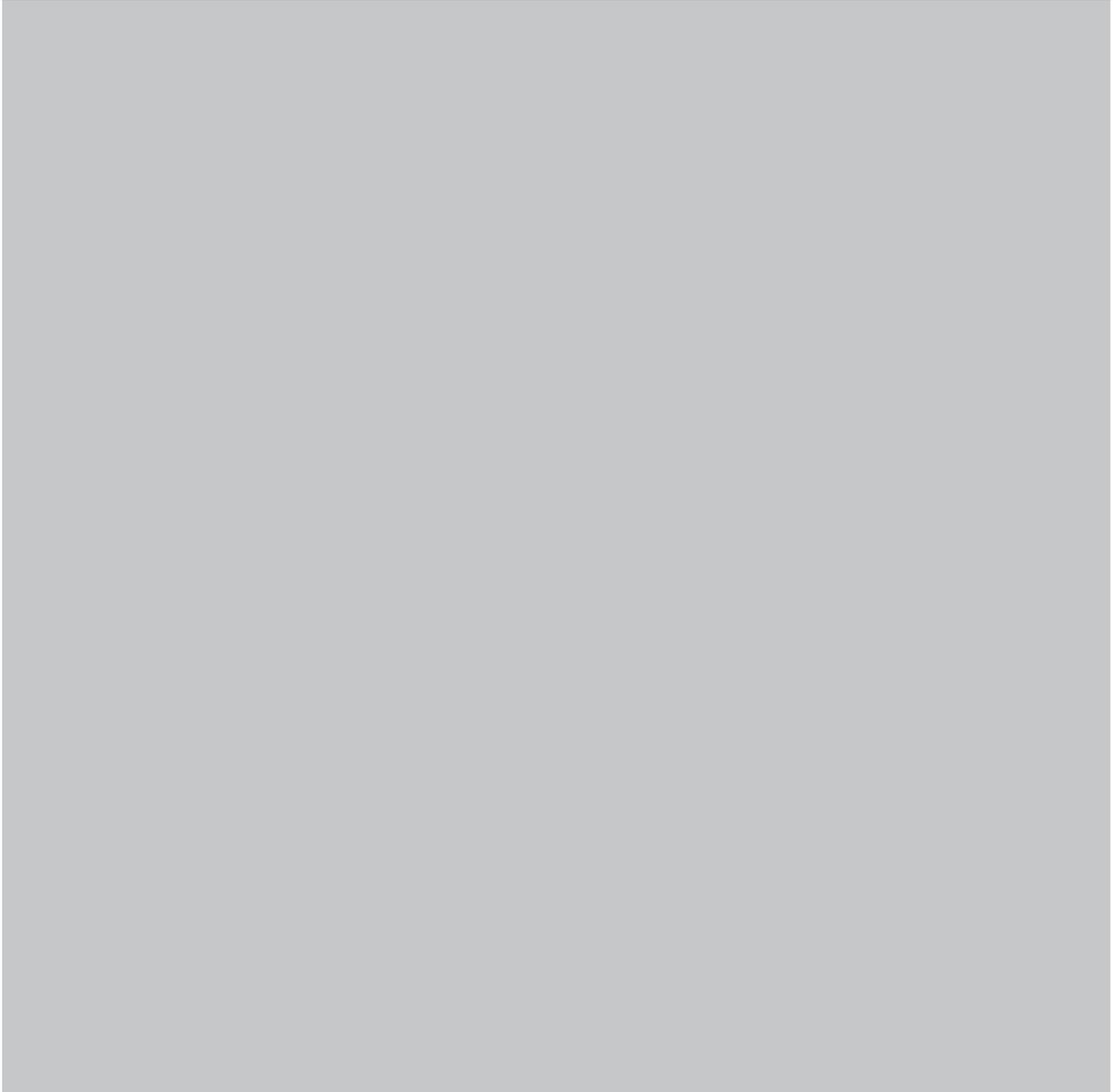
Mit Beginn des Jahres 1990, an dessen Ende ein einheitliches Deutschland stehen sollte, nahm der Glaube an eine weitere Existenz des ostdeutschen Staates innerhalb und außerhalb der DDR rapide ab. Am 1. Februar präsentierte Ministerpräsident Modrow seinen Plan „Für Deutschland, einig Vaterland – Konzeption für den Weg zu einem einheitlichen Deutschland“. Als Schritte dorthin wurden formuliert: Bildung einer Konföderation von DDR und Bundesrepublik mit Übertragung von Souveränitätsrechten; Bildung eines „einheitlichen deutschen Staates in Form einer Deutschen Konföderation oder eines Deutschen Bundes“ mit der Schaffung eines gemeinsamen Parlaments und einer einheitlichen Verfassung. Als Voraussetzung dafür wurde „militärische Neutralität“ genannt, was das Misstrauen der Westmächte weckte, die ein neutrales Gesamtdeutschland in der Mitte Europas schon aus historischen Gründen nicht gutheißen konnten. Passend dazu hatte sich der britische Außenminister Douglas Hurd bei seinem Besuch in der DDR am 22. und 24. Januar dafür ausgesprochen, dass ein möglicherweise vereintes Deutschland NATO-Mitglied sein müsse. Beim Besuch von Bundeskanzler Kohl und Außenminister Genscher in Moskau erklärte Gorbatschow am 10. Februar, dass die Sowjetunion die Entscheidung der Deutschen, in einem Staat leben zu wollen, „respektieren“ werde. Zu diesem Zeitpunkt hatte die am 5. Februar 1990 gebildete DDR-„Regierung der nationalen Verantwortung“ unter der erneuten Führung Hans Modrows (SED/PDS) und unter Beteiligung von bis dahin oppositionellen Parteien und Vereinigungen schon nur noch geringen außenpolitischen Einfluss.

Nach den ersten freien Volkskammerwahlen vom 18. März 1990 stellte sich DDR-Ministerpräsident Lothar de Maizière (CDU) an die Spitze derjenigen Kräfte, die eine schnelle deutsche Vereinigung auf der Basis von Artikel 23 des Grundgesetzes der Bundesrepublik befürworteten. Im Hinblick auf den internationalen Prozess hatten die Außenminister der Bundesrepublik, der DDR, der USA, der UdSSR, Großbritanniens und Frankreichs bereits am 13. Februar 1990 im kanadischen Ottawa angekündigt, die „äußeren Aspekte der Herstellung der deutschen Einheit, einschließlich der Fragen der Sicherheit der Nachbarstaaten“, zu besprechen. Am 14. März fanden in Bonn erste Gespräche von Delegationen der beteiligten sechs Außenministerien statt. Von diesen „Zwei-plus-vier-Verhandlungen“ folgten sieben weitere auf Beamten- sowie drei auf Ministerebene, bevor der „Vertrag über die abschließende Regelung in bezug auf Deutschland“ am 12. September 1990 in Moskau unterzeichnet wurde. Bei den zahlreichen Zusammenkünften konnte der seit dem 12. April 1990 amtierende Außenminister Markus Meckel (SPD) für die „abzuwickelnde“ DDR nur geringes politisches Gewicht in die Waagschale legen. Auf dem Weg zur deutschen Einheit setzte sich die letzte DDR-Regierung allerdings erfolgreich für die Anerkennung der Westgrenze Polens und eine drastische Abrüstung der deutschen Streitkräfte ein. Ersteres wirkte auf Warschau beruhigend, war doch die bundesdeutsche Position zur polnischen Westgrenze zunächst äußerst schwankend. Die im August 1990 auf 370.000 Mann festgeschriebene Truppenstärke der Bundeswehr kam wiederum sowie-

tischen Sicherheitsvorstellungen entgegen. Die Überlegungen der DDR-Regierung, eine lediglich vorübergehende NATO-Mitgliedschaft perspektivisch in einem blockfreien gesamteuropäischen Sicherheitssystem aufgehen zu lassen,

erwiesen sich aber von Beginn an als unrealistisch. Der am 12. September 1990 abgeschlossene Vertrag machte den Weg frei für ein souveränes und dem westlichen Bündnis angehörendes Gesamtdeutschland.

Zusammenfassung



(Bundesarchiv 183-H0307-0005-001)

7. März 1969: Ein Blick vom Werderschen Markt zum Marx-Engels-Platz zeigt, wie sich die Silhouette der Hauptstadt in der jüngsten Zeit verändert hat. Links das Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten der DDR, rechts das Staatsratsgebäude. Hinter dem imposanten Fernsehturm erhebt sich das 39stöckige Interhotel „Stadt Berlin“. (Zeitgenössische Bildlegende des Allgemeinen Deutschen Nachrichtendienstes der DDR,ADN)

Die DDR-Außenpolitik muss vor dem Hintergrund der Entstehung des ostdeutschen Staates beschrieben und gedeutet werden. Durch die historischen Umstände bedingt, befand sich die DDR während ihrer 40-jährigen Existenz in weitgehender Abhängigkeit von der Sowjetunion. Als deutscher Teilstaat war sie zudem auf das engste mit dem zweiten deutschen Staat, der Bundesrepublik Deutschland, verbunden. Beides schränkte ihre Handlungsmöglichkeiten, auch auf dem Feld der Außenpolitik, stark ein. Dabei waren vor allem die 50er-Jahre von Ungewissheiten geprägt: Parallel zum „Wirtschaftswunder“ in der Bundesrepublik bemühte sich die DDR unter weitaus schlechteren Bedingungen auf der einen Seite darum, staatliches Profil zu gewinnen; auf der anderen Seite wurde ihr Bestand immer wieder durch Wiedervereinigungspläne oder zumindest entsprechende Propaganda in Frage gestellt. In dieser Zeit festigte sie außenpolitisch ihre Rolle vor allem innerhalb des „Ostblocks“. Erst nach dem Mauerbau, der sichtbar auf künstliche und unmenschliche Weise ihre Existenz sicherte, konnte sich die DDR staatlich konsolidieren und nun auch außenpolitisch selbstbewusster auftreten. Die internationalen Rahmenbedingungen, insbesondere die „Hallstein-Doktrin“, verhinderten aber für eine weitere Dekade die von Ost-Berlin ersehnte Anerkennung auch außerhalb der „sozialistischen Staatengemeinschaft“. Erst mit Beginn der allgemeinen „Entspannungspolitik“ und der von Bundeskanzler Brandt propagierten „Neuen Ostpolitik“ wurde die DDR weltweit völkerrechtlich anerkannt. Zwar agierte sie nun vordergründig souverän auf internationalem Parkett, aber ideologische Motivationen und die

unveränderten machtpolitischen Konstellationen schränkten ihre Außenpolitik weiterhin stark ein. Zudem verwehrte ihr die Bundesrepublik trotz eines veränderteren deutschlandpolitischen Kurses die Anerkennung als unabhängiger deutscher Staat und hielt damit die „deutsche Frage“ weiterhin offen. Die DDR nutzte aber in den 70er- und 80er-Jahren die sich eröffnenden Spielräume. Während dieser Zeit wurde in Ost und West von einem noch lange andauernden politischen Status quo in Europa ausgegangen. In den frühen 80er-Jahren konnte sich die DDR einerseits auf dem Höhepunkt ihres außenpolitischen Ansehens wähnen. Andererseits zog ihre offensive Außen- und Deutschlandpolitik starkes Misstrauen gerade seitens der Sowjetunion nach sich. Durch die Politik Gorbatschows geriet die DDR schließlich auch außenpolitisch zunehmend in die Defensive. Mit der Übernahme der sowjetischen Reformpolitik hätte die DDR ihre eigene Existenzberechtigung in Frage gestellt, weshalb sie sich ideologisch abschottete. Am Ende der 80er-Jahre hatte sie das Heft des (außenpolitischen) Handelns nicht mehr in der Hand, weil sich die internationalen Bedingungen, gerade im (ehemaligen) „Ostblock“, stark zu ihren Ungunsten verändert hatten. Spätestens mit der Grenzöffnung am 9. November 1989 stand die „deutsche Frage“ wieder auf der Tagesordnung der Weltpolitik. Dies bedeutete das Ende der DDR.

Abkürzungs- verzeichnis

		PLO	Palestine Liberation Organization (Palästinensische Befreiungsorganisation)
Comecon	Council for Mutual Economic Assistance (auch: RGW)	RGW	Rat für Gegenseitige Wirtschaftshilfe (auch: Comecon)
DKP	Deutsche Kommunistische Partei	SBZ	Sowjetische Besatzungszone
KP	Kommunistische Partei	SED	Sozialistische Einheitspartei Deutschlands
KPD	Kommunistische Partei Deutschlands	SKK	Sowjetische Kontrollkommission
KPdSU	Kommunistische Partei der Sowjetunion	SMAD	Sowjetische Militäradministration in Deutschland
KSZE	Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa	SU	Sowjetunion
MfAA	Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten (der DDR)	SWAPO	South West Africa People's Organization
MAH	Ministerium für Außenhandel (der DDR)	UdSSR	Union der Sozialistischen Sowjet-Republiken
MfNV	Ministerium für Nationale Verteidigung (der DDR)	UNESCO	United Nations Educational, Scientific and Cultural Organization (Organisation der Vereinten Nationen für Erziehung, Wissenschaft und Kultur)
NATO	North Atlantic Treaty Organization (Nordatlantik-Pakt)	UNO	United Nations Organization (Organisation der Vereinten Nationen)
NDPD	Nationaldemokratische Partei Deutschlands	ZK	Zentralkomitee
NVA	Nationale Volksarmee		
PDS	Partei des Demokratischen Sozialismus		

Verwendete und weiterführende Literatur

- Chronik der Ereignisse in der DDR (hrsg. von Ilse Spittmann und Gisela Helwig), Edition Deutschland Archiv. 4., erweiterte Auflage, Köln 1990.
- DDR-Handbuch, Band 1 A–L, Band 2 M–Z. Hrsg. vom Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen. 3., überarbeitete und erweiterte Auflage, Köln 1985, Stichworte „Außenpolitik“ (Johannes Kuppe, S. 104–122), „Diplomatische Beziehungen“ (S. 309–311), „Freundschaftsgesellschaften“ (S. 476–477), „friedliche Koexistenz“ (S. 482–483).
- Golz, Hans-Georg: Verordnete Völkerfreundschaft. Das Wirken der Freundschaftsgesellschaft DDR-Großbritannien und der Britain-GDR Society – Möglichkeiten und Grenzen, Leipzig 2004.
- Jacobsen, Hans-Adolf/Letin, Gerd/Scheuer, Ulrich/Schulz, Eberhard (Hrsg.): Drei Jahrzehnte Außenpolitik der DDR. Bestimmungsfaktoren, Instrumente, Aktionsfelder, München/Wien 1979.
- Kleines Politisches Wörterbuch. 7., vollständig überarbeitete Auflage. Neuauflage, (Ost-) Berlin 1988, Stichworte „Außenpolitik“ (S. 104–109), „Bewegung der Nichtpaktgebundenen“ (S. 133–134), „friedliche Koexistenz“ (S. 295–298), „internationales Kräfteverhältnis“ (S. 440–444), „proletarischer Internationalismus“ (S. 792–795).
- Küchenmeister, Daniel/Nakath, Detlef/Stephan, Gerd-Rüdiger (Hrsg.): Abgegrenzte Weltoffenheit. Zur Außen- und Deutschlandpolitik der DDR, Schkeuditz 1999.
- Kuppe, Johannes: „Ideologie und Außenpolitik der DDR“, in: Ideologie und gesellschaftliche Entwicklung in der DDR. Achtzehnte Tagung zum Stand der DDR-Forschung in der Bundesrepublik Deutschland 28. bis 31. Mai 1985 (hrsg. von Ilse Spittmann und Gisela Helwig). Edition Deutschland Archiv, Köln 1985, S. 111–121.
- Ders.: „Die SED im Sowjetsystem und im Weltkommunismus“, in: Spittmann, Ilse (Hrsg.): Die SED in Geschichte und Gegenwart. Edition Deutschland Archiv, Köln 1987, S. 112–134.
- Ders.: „Die Außenpolitik der DDR“, in: Eppelmann, Rainer/Faulenbach, Bernd/Mählert, Ulrich (Hrsg.): Bilanz und Perspektiven der DDR-Forschung, Paderborn 2003, S. 318–326.
- Muth, Ingrid: Die DDR-Außenpolitik 1949–1972. Inhalte, Strukturen, Mechanismen, Berlin 2000.
- Pfeil, Ulrich (Hrsg.): Die DDR und der Westen. Transnationale Beziehungen 1949–1989, Berlin 2001.
- Scholtzseck, Joachim: Die Außenpolitik der DDR. Enzyklopädie deutscher Geschichte, Band 69, München 2003.

Siebs, Benno-Eide: Die Außenpolitik der DDR 1976-1989. Strategien und Grenzen, Paderborn 1999.

Weidenfeld, Werner/Korte, Karl-Rudolf (Hrsg.): Handbuch zur deutschen Einheit 1949–1989–1999. Aktualisierte und erweiterte Neuauflage, Frankfurt am Main 1999, Stichworte „Deutschlandpolitik der DDR“ (Johannes Kuppe, S. 252–266), „Deutschlandpolitik der Vier Mächte“ (Lars C. Colschen, S. 267–281), „Verhandlungen zur deutschen Einheit: Internationaler Prozeß“ (Werner Weidenfeld/Peter M. Wagner/Elke Bruck, S. 794–804).
